

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18603. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.80 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt., Retikule-Kolonellselle 7.50 Mt. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Berschärfung des Kampfes in Italien.

Ein Ultimatum der italienischen Arbeiter.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Sozialanleger meldet: Die Verhandlungen in Mailand zwischen dem Zentralkomitee der Gewerkschaften und den Industriellen wurden nach den letzten Meldungen abgebrochen. Giolitti lud die beiderseitigen Vertreter nach Rom. Das Agitationskomitee der Arbeiter ernannte die Delegierten, die den Industriellen ein Ultimatum zustellten mit der Erklärung, daß im Falle der Verwerfung die sofortige Besetzung aller Fabriken in ganz Italien erfolgen solle. Das Ultimatum fordert die gewerkschaftliche Kontrolle der Industrie. Die Industriellen hatten nur die Kontrolle durch die Fabrikräte zugestanden. Es sind bedeutende ökonomische und andre Zugeständnisse gemacht worden.

Abweichende Haltung der Unternehmer.

Ein Telegramm der Frankfurter Zeitung aus Rom meldet unter dem 19. September: Die Verhandlungen sind wiederum auf einem kritischen Punkt angekommen. Giolitti hatte beide Vertretungen nach Rom berufen, wo sie heute morgen angekommen sind und unter der persönlichen Leitung Giolittis unterhandeln. Zwar wurde über die Lohnfragen, die Ferienfrage und die Teuerungszulagen eine Einigung erzielt. Die Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Tagelohns um 3.20 bis 4 Lire. Jedoch wollen die Industriellen nicht den Lohn für die Besetzungszeit zahlen, noch auf das Recht der Währungsfrage für Uebergriffe verzichten. Sie lehnen deshalb den Dekretentwurf Giolittis über eine paritätische Kommission ab, der ausdrücklich die Wiederinstellung der Arbeiter auf die bisherigen Posten verspricht. Giolitti hat die parlamentarische Forderung, die Kammer sofort einzuberufen, abgelehnt; diese tritt erst im November zusammen.

Besezung der Kleinbahnen.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach dem Sozialanleger erludte bei der gestrigen Eröffnung der Sitzung des Senats Giolitti um Vertagung der Besprechung einer Anfrage bezüglich der sozialen Bewegung in Italien. Der Senat stimmte einstimmig zu. Die Verhandlungen der Delegierten der Industriellen und Arbeiter unter Vorhild des Mailänder Präfekten brachten in den letzten Stunden die Besezung bezüglich einiger untergeordneter Punkte.

Kuher der Kleinbahn Rom—Tivoli wurde auch die von derselben belgischen Gesellschaft betriebene Kraftlinie Rom—Bahnhof Samuents von dem Personal in Besitz genommen, ein neuer Direktor ernannt, auf dem Bahnhofgebäude die rote Flagge gehißt und eine bewaffnete rote Garde eingerichtet. Der Verkehr geht ungehindert weiter. Secolo meldet, daß die Besetzung sämtlicher Kleinbahnen und Tramlinien in ganz Italien durch die Personale nicht bevorstehe. Im Börsengedäude in Genoa pflanzte gestern mittag eine Bombe. Es wurde nur Sachschaden angerichtet. Laut Secolo verbandte das Agitationskomitee der Gewerkschaften ein Rundschreiben, in dem es heißt: Um weitere Unglücksfälle zu verhüten, sind alle Handgranaten in den besetzten Betrieben in besonderen Räumen aufzubewahren und niemand darf die Bomben usw. berühren, außer im Falle des Bedarfs zur Abwehr von Angriffen der Polizei.

Mailand, 18. September. Papolo d'Italia zufolge haben Arbeiter in Bologna, Modena und Parma Züge angehalten, in denen sich Polizeieinheiten befanden. Die Züge durften erst wieder weiterfahren, nachdem die Agenten sie verlassen hatten.

Wie Corriere della Sera aus Rom meldet, wird zur Deckung der Lohnforderungen der Eisenbahner eine neue Tarifserhöhung nötig sein.

Corriere della Sera vernimmt weiter aus Rom, daß seit Freitag die Straßenbahn von Rom nach Tivoli in der Hand der Arbeiter ist oder vielmehr der technischen Angestellten im Einverständnis mit den Arbeitern. Die Besetzung vollzog sich in voller Ruhe. Der Betrieb geht regelmäßig vor sich.

Ein kommunistischer Gewaltakt gegen das Prager Parteiblatt.

Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Preßbüreaus hat das Personal der Redaktion, Administration, Expedition und Druckerei des Prager Arbeiterblatts eine Betriebsrat gebildet, in den auch Vertreter der Prager Arbeiterchaft aufgenommen wurden. Der Betriebsrat erklärte, er wolle das Blatt neutral gegenüber allen entstehenden Richtungen in der Partei führen, und für eine friedliche Besezung des Konflikts in der Partei eintreten. Das beachtliche Ergebnis der Verhandlungen ist die Einführung einer Zensur in der Redaktion des Prager Arbeiterblatts, die der Schriftsteller Camil Zeman (Kvan Obrach) übernehmen soll. Der Herausgeber des Blattes, Abgeordneter Remec, und der Chefredakteur, Abgeordneter Josef Stovin, haben Protest eingelegt.

Wie aus einer späteren Meldung hervorgeht, handelt es sich um eine Gewalttat der Kommunisten. Der Vorstand der Partei, der sich mit der Angelegenheit befaßt hat, sagte folgenden Beschlusses: „Der Prager Arbeiter wird sofort einer neuen Druckerei übertragen. Die Redaktion wird neu gebildet. Gegen diejenigen, welche sich des Eigentums der Partei bemächtigt haben, wird

gerichtlich vorgegangen.“ — Die Kommunisten erklären, daß sie den Kongreß Ende September trotz des Beschlusses der Parteivertretung, ihn zu vertagen, abhalten wollen, koste es, was es wolle.

Die Lage in Oberschlesien.

Neue Ueberfälle durch polnische Banden.

Neustadt (Oberschlesien), 20. September. Im besetzten Gebiet des Kreises, das bisher von der Aufstandsbewegung verschont geblieben ist, treten jetzt polnische Banden auf, die es auf Arbeiter und Eisenbahner abgesehen haben. In der Nacht vom 17. zum 18. September wurde ein Wägetripol an der Bahnlinie Neustadt—Kandrin überfallen, der Streckenwächter getötet und die Telegraphenverbindung zwischen Oberglogau und Kauswitz unterbrochen.

Beuthen, 20. September. Am Sonnabend-Nachmittag ist es gelungen, sechs der am Morde in Josefstal Beteiligten festzunehmen und dem Beuthener Gerichtsgesängnis zuzuführen. Die Verhafteten stehen im Alter von 18—25 Jahren. Der Hauptbeteiligte der jetzt perhafierten Mörderbande, ein gewisser Baron aus Birkenhain, ist leider entkommen.

Abberufung des deutschen Abstimmungskommissars
Dresden, 20. September. Wie die Tel.-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist mit der Abberufung des deutschen Abstimmungskommissars, Fürsten v. Sahlfeld, für die nächste Zeit zu rechnen.

Die Bergarbeiterbewegung in England. Die Verhandlungen gescheitert?

London, 17. Sept. Der Volksgesandtschaft der Bergarbeiter beriet heute morgen mit Horne. Dieser erludte den Ausschuß, die Angelegenheit einer Lohnserhöhung mittels vermehrter Erzeugung in Erwägung zu ziehen, die der gestrigen Erklärung der Bergarbeiter zufolge gesichert werden kann. Dieser Vorschlag wurde schärfst erörtert. Der Vorsitzende des Volksgesandtschafts der Bergarbeiter, Smilie, erklärte kategorisch, die Bergarbeiter seien nicht geneigt, irgendwelche Vorschläge der Regierung zu erörtern, bevor sie die geforderte Lohnserhöhung erhalten hätten. Dergleichen lehnten sie es ab, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Amsterdam, 18. Sept. Telegramm meldet aus London: Die Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und der Regierung sind von neuem auf einem toten Punkt angelangt.

Die Präsidentenkrise in Frankreich.

Paris, 19. September. (Havas.) In den Wandelgängen des Senats scheint man einmütig den Wunsch zu hegen, an Millerand noch einmal heranzutreten, daß er die Kandidatur annimmt. Im gegenwärtigen Falle scheint sicher zu sein, daß die Senatoren eine Kandidatur zugunsten von Bourgeois veranstalten werden. Auch in den Wandelgängen der Kammer hält man es für wünschenswert, daß die Kandidatur Millerands aufgestellt werde, da es die einzige zu sein scheint, die fast sämtliche Stimmen auf sich vereinigen werde. — Wie die Information meldet, beabsichtigen die Sozialisten der Kammer, den Abgeordneten Levas als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik auszuwählen.

Paris, 17. September. Esso de Paris teilt mit, daß Sonnart vor einiger Zeit Freunden gegenüber erklärt habe, er würde, falls Deschanel zurücktrete, die Kandidatur annehmen. Jannart, der augenblicklich Senator des Pas de Calais ist, war Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Calimir Wörter.

Paris, 18. September. (Havas.) Die französische Nationalversammlung wird am 23. September zusammentreten.

Verfassung eines russischen Arbeiterdelegierten in Schweden.

Wie die Wiener Post meldet, verfaßte die Stockholmer Polizei den russischen Arbeiterdelegierten S. I. Lapnikoff, der auf seiner Reise auch durch Deutschland kam und sich jetzt auf dem Wege nach Schweden befindet. Der Vorwand zu dieser Maßnahme war, daß er Stockholm nicht am Tage zuvor verlassen hatte, wie die Behörden es wünschten. Das war deshalb unmöglich, weil er trotz aller Anstrengungen nicht instande war, das ausländische Bism vor der Abfahrt des Kosaker Schiffes zu erhalten. Die Polizei verwehrt jedermann, selbst seinem Advokaten, den Zutritt und hält ihre Absichten geheim. Die Verhaftung Schlafnitkoffs soll durch die Haltung des rechtssozialistischen Blattes Socialdemokraten herausbekannt worden sein. Nach einer Moskauer Meldung ist Schlafnitkoff auf seiner Reise bereits wiederholt in Holland und Norwegen verhaftet worden. Das Moskauer Generalsekretariat der Arbeitervereinigungen fordert die schwedischen Arbeiter auf, alles aufzubieten, um die Freilassung des Verhafteten zu erwirken.

Die Reichstagswahlen in Schweden.

Stockholm, 17. September. (W. I. V.) Von den 230 Mandaten in der Zweiten Kammer des Reichstages sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 39 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 11 Mandate erhalten und 6 gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten 4 gewonnen und 13 verloren. Die Sozialdemokraten, die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 gewonnen und 9 verloren. Die Linkssozialisten, die der 3. Internationale nahesteht, haben kein Mandat erhalten und 2 verloren.

Die Sozialdemokratie in Böhmen, ihr Sieg und ihre Krise.

In der Tschechoslowakei ist das Koalitionsministerium Tuzar, an dem auch die tschechische Sozialdemokratie nicht unbeteiligt war, einem farblosen Beamtenkabinet gewichen. Als das Hauptopfer der Krise ist der ultratschechische Kultusminister Habermann in die Wüste geschickt worden. Diese Kabinettskrise wäre nicht belangreicher als die üblichen Intermezzos des bürgerlichen Parlamentarismus in der Welt, wenn sie nicht auf Entwicklungen innerhalb des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei zurückging, die außerordentlicher Beachtung wert sind. In der Tschechoslowakei, auf diesem historischen Versuchsfeld nationalistischen Haders, waren es bisher stets die nationalen Momente, welche die Treibhese des politischen Kampfes abgeben mußten und die auch die Sozialisten beider Nationalitäten maßgebend bestimmten. Nunmehr aber ist die geschichtliche Tatsache zu verzeichnen, daß vor der in allen Ländern gleichen proletarischen Idee der Nationalismus auch in der Tschechoslowakei zurückweichen mußte und der gemeinsame Kampf der Sozialisten gegen die Bourgeoisie auch hier die vorwärtstreibende politische Energie geworden ist. Nicht mehr und nicht weniger als die Einigung der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie steht nämlich vor der Tür, und dieser Entwicklung hat bereits die tschechische Sozialdemokratie ihren Tribut gezollt, indem sie jetzt Herrn Tuzar mit samt seinem übernationalistischen Kultuskollegen fallen ließ. Es sind heute kaum einige Wochen her, daß in Prag die deutschen und die tschechischen Sozialisten zusammentraten, dort, nach einer Debatte von seltener Einmütigkeit, den Beschluß faßten, einen Entwurf über eine programmatische und organisatorische Grundlage des Zusammenschlusses auszuarbeiten und ihren Willen zu erkennen gaben, auf Grund jener noch festzustellenden Formel die Vereinigung auf einer späteren Konferenz zu vollziehen.

Man muß sich vorstellen, welche ungeheuren inneren Hemmnungen bei allen Sozialisten und Teilnehmern dieser Konferenz überwunden werden mußten, um zu jenem Ergebnis zu kommen. Jahrhundertlang war Böhmen der Tummelplatz der korruptesten habsburgischen Bürokratie. Mit dem ganzen Fanatismus ihrer Rasse belastet, lagen die Tschechen bis zum großen Wiener Kladderadatsch im Weltkrieg stets im schwersten Ringen mit der Despotenherlichkeit von der Donau und mit allen jenen übermächtigen Kräften einer Herren- und Beamtenkaste, die auf alle Völkerpsychologie pfliff. Es gereicht also gerade der tschechischen Sozialdemokratie zur höchsten Ehre, daß sie zuerst nach dem großen Nationalisten- und Sokorummel, der auf den Sturz der Habsburger folgte, den Weg zur Vernunft und zur Besezung zurückgefunden hat, und sich aus der Liebesnacht mit der patriotischen tschechischen Bourgeoisie nunmehr auf und davon stahl. Umgekehrt mußte auch die deutsche Sozialdemokratie innere „moralische“ Hemmnungen genug überwinden, um sich zum Bekenntnis des einzigen Proletariats in Böhmen durchzuringen. Wie die Habsburger und Deutschen sich an den Tschechen verjüngt hatten, so hat sich ja der Prager Bourgeois in den zwei Jahren seiner Freiheit an den Deutschen verjüngt. Herr Habermann hat nicht weniger als 614 deutschen Klassen und 15 Schulen den Garaus gemacht. Wer deutsch sprach, wurde ja sogar von den tschechischen Bauern und Krämern auf Hungerration gesetzt. Und in diesem Treibhaus Europas für chauvinistisches Unkraut hat sich nunmehr das Proletariat endlich auf sein großes gemeinsames Ziel zurückgefunden. Mag sein, daß die antisozialistischen Klären der Prager Bourgeoisie, die sogar Orgeßch-Organisationen nach deutschem Muster heranzubilden, den letzten Anstoß zu den Prager Beschlüssen gegeben haben. Das tut ihrer ungeheuren Wichtigkeit keinen Abbruch. Die Stoßkraft des Proletariats in der Tschechoslowakei erhält dadurch eine ungeheure Verstärkung und, schon allein parlamentarisch betrachtet, kann es Machtpositionen erobern, an die es bisher nicht denken konnte. Die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten mit ihren 74 bzw. 55 Mandaten im Abgeordnetenhaus werden, wenn sie von den Nationalsozialisten unterstützt werden, zusammen einen Mehrheitsblock bilden können. Es ist sicher, daß von dieser Möglichkeit aktiver Gebrauch gemacht werden kann, auch wenn die Nationalsozialisten auch künftighin als unsichere Kantonnisten gelten wollen. 281 Mitglieder hat die Kammer überhaupt. 141 können zu einem sozialistischen Block zusammengeschweigt werden. Das ist keine überwältigende Mehrheit, aber doch eine Mehrheit.

Feiert so auf der einen Seite der Sozialismus in der Tschechoslowakei einen glänzenden Sieg seiner Idee, so

nischen andererseits die Strömungen und „Orientierungen“ innerhalb der sozialdemokratischen Parteien einigen Wert hat in diesen. Jeder Sieg beruhte ja auf dem Erstarken der proletarischen Idee überhaupt. Aber diese Idee, die den Klassenkampf und den Streit darum, wie er am besten zu führen sei, in den Vordergrund der Probleme rückt, bringt auch in den tschechoslowakischen Sozialismus alle jene Erscheinungen des inneren Kampfes hinein, die wir in den anderen Ländern bereits viel schärfer und ausgeprägter auf der Tagesordnung des politischen Kampfes erblickten. Das Thema für oder gegen Moskau, mit gewissen Differenzierungen und Schattierungen allen sozialistischen Parteien der Welt gestellt, ist jetzt auch in der Tschechoslowakei genau in dem Maße in den Vordergrund der proletarischen Bewegung gerückt, in dem jene nationalstaatlichen Faktoren an Bedeutung einbüßten. Mit Festigkeit prallen heute bereits rechter und linker Flügel sowohl der tschechischen wie der deutschen Sozialdemokratie aufeinander und man trägt keinen Anstand mehr, unter Umgehung der Parteifriedlichkeit bereits auf Sonderkonferenzen zu tagen und dort die organisatorischen Vorbedingungen für den Kampf innerhalb der Parteien zu schaffen. Bezeichnend war in dieser Hinsicht die Reichsberg-Konferenz des linken deutschen Flügels, der von den Abgeordneten Hahn und Kreibitz geführt wird. Es wurde hier sogar eine Resolution Hahn angenommen, die forderte, dem deutschen Parteitag zu Anfang nächsten Monats in Karlsbad ein Aktionsprogramm ganz kommunistischer Färbung vorzulegen. Sollte das nicht angenommen werden, so soll sofort eine Delegation der deutschen Linken nach Moskau fahren und dort die weiteren taktischen Schritte im engsten Benehmen mit der kommunistischen Internationale beschließen. D. h. unmittelbar auch die Notwendigkeit einer Spaltung der Partei, ja, wie es das Diktat Moskaus wollen wird, ins Auge fassen.

Nach bezeichnender aber ist, daß diese Resolution Hahn von vornherein die Billigung der Führer des linken tschechischen Flügels, der Smeral, Slastak und Ruma, trug. Der linke tschechische und linke deutsche Flügel operieren also im engsten Einvernehmen miteinander. Und das ist also die besondere Tragik der gegenwärtigen Situation des Sozialismus in der Tschechoslowakei: In demselben Augenblick, wo auf der einen Seite die Einigung des Proletariats unter Befreiung jahrzehntelanger nationaler Schranken verheißungsvoll vor der Tür steht, spürt auch der Gedanke einer neuen Trennung schon wieder in der Bewegung. Man muß abwarten, ob die Parteitage, von denen der tschechische noch vor dem deutschen Ende dieses Monats in Prag stattfinden soll, die Krise noch einmal überwinden werden. Sicher ist, daß alle verständigen Sozialisten heute noch die Spaltung innerlich ablehnen. Aber ob man die Geister los werden wird, die man gerufen hat — die Frage geht an die Adresse der Moskauer —, das ist die bange Frage, die heute alle Gemüter bewegt.

Politische Arbeiterräte, das neue Mittel der Kommunisten.

Einen wertvollen Beitrag zu diesem Thema, das für unsere Partei wichtig ist, weil an einigen — freilich wenig — Orten unsere Genossen auf die Vorkämpfe der Kommunisten hingewiesen sind, liefert Genosse W. Scholz-Erfurt in dem folgenden Artikel: Die „politischen Arbeiterräte“ in Thüringen, der in der Freiheit vom 17. September erschien:

Selt einigen Wochen macht die rote Fahne viel Geschrei für die Parole des Spartakusbundes „Wahl von politischen Arbeiterräten“. Um der Arbeiterschaft diese Parole schmackhafter zu machen, wird es stets in großen Lettern verkündet, wenn an irgendeinem Ort in Deutschland die „Wahl“ politischer Arbeiterräte vorgegangen ist. Die rote Fahne will den Eindruck erwecken, als wenn ganz besonders in Thüringen ihre Parole sehr viel Anhänger gefunden hätte. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Zwar haben die Spartakusbünder sich bisher sehr viel Mühe gegeben, vor allem in Thüringen, ihrer Parole den Boden zu bereiten; aber nur mit dem Erfolg, daß zwar einige öffentliche Volksversammlungen, die von der KPD einberufen waren, die Wahlen von politischen Arbeiterräten beschloßen, die jedoch nicht oder nur unter sehr geringer Beteiligung durchgeführt wurden.

In Erfurt zum Beispiel ist der politische Arbeiterrat völlig bedeutungslos. An einer von ihm am Sonnabend veranstalteten „Demonstration“, die den Zweck hatte, einen verhafteten Gliederbeneder aus dem Untersuchungsgefängnis zu befreien, nahmen höchstens 300 Arbeiter (darunter noch viele Reugierige) teil. In Jena ist der „politische Arbeiterrat“ bereits ganz von der Bildfläche verschwunden. In Gotha, Suhl, Schmalkalden, Nordhausen, Gera usw. ist überhaupt eine solche Wahl nicht zustande gekommen und in einigen kleinen Orten, wie Waltershausen, Zeitz-Neuhäusl usw. hängt der mit vielem Tam-Tam „ins Leben“ gerufene politische Arbeiterrat völlig in der Luft und wird in den nächsten Tagen ganz verschwinden.

Dort sind die politischen Arbeiterräte nur zustande gekommen durch eine mit den schäblichsten Mitteln betriebene Hetze gegen unsere Partei. Man redet der Arbeiterschaft ein, sie müsse jetzt allein die Führung der politischen Kampfes in die Hand nehmen und durch die politischen Räte die Einigkeit des Proletariats herstellen. In Wirklichkeit hat man das Gegenteil erreicht. Ein neuer Janakopf ist in die Reihen der Arbeiterschaft geschleudert worden, der zu weiteren Zersplitterungen führt. Erst kürzlich ist in Erfurt in einer vom „politischen Arbeiterrat“ einberufenen Versammlung sogar zu Tätlichkeiten gekommen. Man macht die Arbeiterschaft irre an ihren bisherigen Kampforganen und erreicht dabei, daß sich ein Teil, angeleitet von den Zersetzern, abgespalten hat. Statt sie zu fördern, lähmt man die Aktionskraft des Proletariats. Der wirklich geschulte Teil der Arbeiterschaft Thüringens hat das bereits erkannt und lehnt es deshalb ab, sich an der Wahl politischer Arbeiterräte zu beteiligen oder gar ihren „Parolen“ zu folgen.

Die „politischen Arbeiterräte“ sind ja nichts weiter als ein neues Aushängeschild der KPD, die sich jetzt auf der Suche nach der Revolution befindet. Die Kommunisten haben es sich zur Aufgabe gemacht, in Thüringen den „Stein ins Rollen“ zu bringen. Sie bedienen sich dabei der von ihnen auf so recht eigenartige Weise zustandegebrachten „politischen Arbeiterräte“, die samt und sonders aus unverantwortlichen Personen, es sind auch politisch Unorganisierte darunter, bestehen. Man versucht, durch Arrangierung von unbesonnenen Handlungen, die Arbeiterschaft vor fertige Tatsachen zu stellen, die die von den Spartakusbündern ersehnte Aktion einleiten sollen. Das Ziel dabei ist, einen Konflikt mit der Entente auf alle Fälle herbeizuführen, um die „Verteidigung der Weltrevolution am Rhein“ vorzunehmen zu können. Dieses gefährliche Spiel muß die Arbeiterschaft rechtzeitig erkennen und auf alle Fälle vermeiden. Deutschland darf auf keinen Fall durch unbesonnene Handlungen einiger politischer Witzbamben zum Kriegsausbruch und schließlich in einen raudenden Trümmerhaufen verwandelt werden. Die politische geschulte Arbeiterschaft lehnt es ab, ein solches Babauque-Spiel zu betreiben, weil sie sich klar darüber ist, daß dadurch die Sache der Weltrevolution nur schwer geschädigt werden kann. Mögen auch die Partei-Kommunisten uns als „Verräter“ beschimpfen, die

USPD, wird den Weg zu gehen haben, den ihr sozialistisch-marginalistische Erkenntnis und Vernunft vorschreiben. Diejenigen aber, die da glauben, diesen Weg mit uns nicht gehen zu können, sollen daraus die Konsequenzen ziehen und ihr Heil in den Reihen der KPD suchen. Klarheit ist auch in dieser Hinsicht dringend notwendig, in der jetzigen Situation mehr denn je zuvor.

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Der Bezirksparteitag Plauen gegen die Moskauer Bedingungen.

Am 19. September fand in Zwilkau der Parteitag des Bezirks Plauen statt, an dem die Vertreter der USPD des 17., 18., 22. und 23. Wahlkreises teilnahmen. Der Bezirksparteitag beschäftigte sich mit den Bedingungen der 3. Internationale. Genosse Liebmanna-Böhm sprach als Referent gegen die Bedingungen, Genosse Böhmig-Halle trat als Korreferent für die Bedingungen ein. Nach längerer Aussprache wurde über die vorliegenden Resolutionen namentlich abgestimmt.

Folgende Resolution wurde mit 175 gegen 37 Stimmen angenommen:

Die Bezirkskonferenz der USPD, Plauens hält die Zusammenfassung der revolutionären Arbeiterbewegung aller Länder für eine wichtige Voraussetzung des proletarischen Sieges über die kapitalistische Herrschaft. Die revolutionäre Internationale muß aber bei der angeführten Parteien der einzelnen Länder die Möglichkeit lassen, den proletarischen Klassenkampf nach den jeweiligen Bedürfnissen der einzelnen Länder zu führen.

Die Konferenz spricht den revolutionären Klassenkämpfern Russlands für ihren heldenmütigen Kampf ihre wärmste Sympathie aus und gelobt, die russischen Brüder in ihrem Kampfe nach Kräften zu unterstützen. Trotz dieser Sympathien für Sowjetrußland kann sich die Konferenz nicht den Bedingungen der Moskauer kommunistischen Internationale unterwerfen, sie lehnt daher die Bedingungen ab.

Mit dieser Ablehnung der Bedingungen verbindet die Konferenz die Hoffnung, daß es bald gelingen möge, mit allen revolutionären Parteien, insbesondere auch mit dem revolutionären Proletariat Sowjetrußlands, eine kampffähige Internationale zu schaffen.

Für die von Romisch-Halle vorgeschlagene Resolution stimmten 37 Delegierte, zwei Delegierte enthielten sich der Abstimmung.

Ortsgruppe Zwilkau.

Die USPD der Ortsgruppe Zwilkau hat am 18. September die Bedingungen einstimmig abgelehnt.

Dömitz.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der USPD in Dömitz wurde nach einem Referat des Genossen Puchta aus Plauen und längerer Debatte, in der sich alle Redner gegen die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen wandten, bei einer oder zwei Stimmenthaltungen einstimmig folgende Resolution angenommen:

1. Die Voraussetzung für den Anschluß der USPD an die dritte Internationale ist die Berücksichtigung der verschiedenen Kampfbedingungen des Proletariats in den verschiedenen Ländern. 2. Die Moskauer Ausnahmebedingungen stehen dieser Voraussetzung für die erfolgreiche Führung des Kampfes entgegen. Die Bedingungen nehmen den angeschlossenen Parteien jedes Selbstbestimmungsrecht. Diese Bedingungen sind deshalb unannehmbar. 3. Die Ortsgruppe Dömitz verlangt, daß die Zentralparteileitung alle erforderlichen Schritte unternimmt, die Zusammenfassung aller revolutionären sozialistischen Parteien der Welt baldigst zu ermöglichen.

Georgenhof.

In Georgenthal wurde in einer Mitgliederversammlung einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die anwesenden Genossen der Ortsgruppe sympathisieren mit den russischen Genossen, verwerfen aber völlig die 21 Punkte und lehnen deswegen den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie an die Dritte Internationale ab.“

Eilenburg.

Eilenburg ist der Ort im Kreis Dömitz-Bitterfeld, welcher die stärkste Organisation der USPD aufweist. Fast ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft des ganzen Kreises sind in Eilenburg vertreten. In einer karfreitlichen Mitgliederversammlung am Freitag, dem 17. 9., beleuchtete Genosse Pinnowski-Eilenburg die Bedingungen im abklingenden Sinne, während Genosse Wendler, und vor allem in der Diskussion Genosse Saupe im zunehmenden Maße referierten. Die Diskussion bewegte sich trotz aller Meinungsunterschiede in sehr sachlichem Rahmen. Mit über 2-Majorität wurde in später Stunde eine Resolution, welche den Anschluß auch unter den bestellten Bedingungen zur Annahme empfahl, abgelehnt und mit derselben Majorität nachstehende Resolution angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der USPD Eilenburg lehnt die Annahmebedingungen der 3. Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkte, daß nur durch den engsten Zusammenschluß aller auf revolutionärem Boden stehenden Arbeiter das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann. Die Verammelten bedauern, daß die Ausnahmebedingungen der 3. Internationale dieses Bestreben in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zerstückelung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. Sie fordern von der Parteizentrale und dem Parteitag, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Einigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden sozialistischen Parteien zu vollziehen. Diese Vereinigung ist auf einer Grundlage aufzubauen, wobei das Selbstbestimmungsrecht und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht lediglich einer Zentralinstanz, sondern in den Händen der Mitglieder liegt.“

Die Mitglieder der Ortsvereine Eilenburg erklären, daß sie nach wie vor bestrebt sein werden, die russischen Brüder in ihrem heldenhaften Kampfe zu unterstützen und daß sie mit allen Kräften daran arbeiten werden, um den Sieg der Weltrevolution über den Kapitalismus zu erlangen.“

Provinzvorstand der USPD, Ostpreußens.

In Königsberg tagte am Dienstag der Provinzvorstand der USPD Ostpreußens. Die Verhandlungen dauerten von 4 Uhr nachmittags bis nachts 3 Uhr und beschäftigten sich mit den Moskauer Bedingungen. Unter dem Vorbehalt, daß die deutsche USPD Autonomie erhält, trat der Genosse Fiedemann für die Annahme ein. Redakteur Polenz sprach für Ablehnung. Bei der Abstimmung wurde die Annahme der Moskauer Bedingungen mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Wie die Vertreter der Organisationsleiter in der Provinz berichtet, haben diese in ihrer großen Mehrheit den Moskauer Bedingungen ablehnend gegenüber.

Bayerischer Landesvorstand.

Der Landesvorstand der Bayerischen Unabhängigen Sozialdemokratie hat die Moskauer Bedingungen abgelehnt.

Eberfeld.

Im Distrikt Eberfeld beschäftigten sich zwei karfreitliche Mitgliederversammlungen mit dem Moskauer Diktat. Referent war Genosse Sauerdreß, Korreferent Genosse Charpentier. Nach eingehender sachlicher Diskussion wurde mit großer Mehrheit — gegen wenige Stimmen — der Anschluß an die 3.

weiteren Bezirksleitung der USPD des Niederrheins beigetreten, die besagt, daß der Anschluß an die 3. Internationale nur unter Wahrung der Autonomie der sozialistischen Parteien der einzelnen Länder zu erfolgen hat.

Die Distrikte Eberfeld und Eberfeld nahmen zur 3. Internationale eine ähnlich lautende Resolution einstimmig an. Im Distrikt Eberfeld wurden nach Referat und Korreferat die Moskauer Bedingungen eingehend besprochen. Alle Diskussionen sprachen sich gegen sie aus. Eine Entschliessung wurde nicht gefaßt.

Nordhausen.

In einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins Nordhausen wurde nach lebhafter Diskussion ein Antrag gegen eine Stimme angenommen, die Kreisgeneralsversammlung möge eine Resolution annehmen, in der gesagt wird, daß die 21 Bedingungen nach den in Deutschland entsprechenden Verhältnissen geändert werden sollen, aber der in den Bedingungen enthaltene Geist derselbe bleibt.

Sangerhausen.

Die Sangerhäuser Parteigenossen beschäftigten sich am Mittwoch mit den Anschlußbedingungen der 3. Internationale. Die Versammlung war stark besucht. Genosse Banse besprach die am meisten kritisierten Paragraphen der Bedingungen und kam zu dem Schluss, daß dem Anschluß an Moskau nichts im Wege stehe, und empfahl die von der Vorstandskonferenz angenommene Erklärung zur Annahme. In der Diskussion wandte sich Genosse Kasparek in scharfen Worten gegen die Ausführungen Banse. Weerholt betonte Kasparek — daß man nicht mit beiden Beinen, wie es Banse wünsch, in die Bedingungen hineinspringen dürfe. Aufgabe des Parteitags sei es, einen Weg zu suchen, der die Möglichkeit zum Zusammenschluß des internationalen Proletariats bietet. Zum Schluss kam es nochmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kasparek und Banse. Genosse Kasparek forderte, daß die am 8. September beschlossene Erklärung folgendermaßen geändert würde: Die nochmalige Verhandlung mit dem Exekutivkomitee ist notwendig, um die Aufnahme der USPD in die 3. Internationale zu ermöglichen.“ Genosse Banse wandte sich gegen diese Auffassung Kaspareks und verlangte eine klare Entscheidung der Genossen. Bei der Abstimmung stellte es sich heraus, daß der Übergang der Mitglieder auf Seiten Kaspareks stand.

Die Versammlung wurde indes vertagt, da ein Teil der Genossen eine weitere Erörterung wünschte.

Der Kampf um die Macht in Berlin.

Mobilmachung deutschnationaler antisemitischer Radaukolonnen.

Wie wir bereits gemeldet haben, hat die sozialistische Mehrheit des Berliner Stadtverordnetenkollegiums den Genossen Dr. Kurt Löwentstein zum Oberbürgermeister der Gemeinde Groß-Berlin bestimmt. Darüber sind die bürgerlichen Kreise ganz aus dem Häuschen. Mit allen Kräften und mit allen Mitteln sucht nun das Bürgertum den sozialistischen Oberbürgermeister zu stürzen. Ein wahrer Wahnsinn von Berührungsimpulsen prasselt auf ihn nieder. Im Berliner Tageblatt liest man sich sogar dazu herbei, mit Lügenfabrikanten zu arbeiten. Es wurde behauptet, Genosse Dr. Löwentstein sei von einer Abordnung der Berliner Lehrerschaft gebeten worden, freiwillig auf seine Kandidatur zu verzichten, habe es aber vorgezogen, diese Aufforderung zu ignorieren, und damit „politische und persönliche Interessen höher gestellt als die der Schule“. Wie die Freiheit dazu mitteilen in der Frage ist, ist diese Behauptung glatt erfunden. Es war niemals eine Abordnung der Berliner Lehrerschaft bei dem Genossen Löwentstein. Zu allem Überflus wird nun auch noch von dem Geschäftsführer des Groß-Berliner Lehrerschulusses der Freiheit mitgeteilt, daß eine Abordnung der organisierten Lehrerschaft nicht bei Herrn Dr. Löwentstein war, eine solche Aufforderung daher an ihn auch nicht gerichtet werden konnte“. Löwentstein habe sich vielmehr bereit erklärt, falls die Lehrerschaft es wünsche, vor derselben seine Grundzüge darzulegen. Das wurde gesehen. Auch der zweite Vorsitzende des Groß-Berliner Lehrerschulusses habe in einer Besprechung mit Löwentstein nur die Grundlagen für einen Vortrag besprochen.

Genosse Dr. Löwentstein hat auch den Versuch gemacht, vor dem Berliner Lehrern sein Programm zu entwickeln. Er ist aber durch Radaukolonnen aus den Reihen der Lehrer daran gehindert worden. Die Freiheit berichtet über die Verammlung folgendes:

Gestern Abend ging es im Berliner Vereinshaus hoch her. Es war ein Fest für den deutschnationalen antisemitischen Janakopf unter der Lehrerschaft Groß-Berlins, um sich an dem verhassten Dr. Löwentstein „zu rächen“ für seine Bereitwilligkeit, den Posten des Oberbürgermeisters für Groß-Berlin zu übernehmen. Die Woge der Erregung ging schon all die Tage vorher unauflöslich hoch, aber daß es dieser kleinen Gruppe von schunostischen Andern unter der Lehrerschaft gelingen würde, das herbeizuführen, was sich gestern Abend dort abspielte hat, sollte man doch für unmöglich halten. Die Versammlung war von vornherein so unruhig, daß es fast aussah, als wären sie durchzuführen. Gemüllte Kreise stehen nach den ersten Worten Löwentsteins bereits die Hausflurpfeife ertönen. Andauernde aber verneinliche Bemerkungen des Vorstandes bemerken nur, wie unheilschwer dieser deutschnationalen Wöbel ist. Im Vortraum des Saales hatte sich eine deutschnationalen Korona aufgebaut und ströte fort. Auch die Hetzblätter der Eiswörterweise war ohne Erfolg. Ein wiederholter Versuch Stimmzettel, in die sachliche Erörterung einzutreten, wurde niederschlagen, bis sich die Lehrer, die sachliche Erörterung wünschten, erhaben, um dem verhaslichen Spiel ein Ende zu machen. Drei Viertelstunden nach der Eröffnung wurde die Versammlung eröffnet und das, obwohl sich die Anwesenden innerhalb des Saales gegen noch wenige Stimmen für das Annehmen des Referenten Löwentstein entschieden hatten, aber gerade das Häuflein die deutschnationalen Radaubrüber. Die Radaufweise der Herren Radaubrüber war so über alles Maß unvernünftig, so unauflöslich beschränkt, daß sie von ihnen nicht nur gerechtfertigt werden konnte durch den Enderfolg, der sich für sie tatsächlich ergeben hat. Dieser Terrorismus einer kleinen Gruppe deutschnationaler antisemitischer Radaubrüber unter den Lehrern wird den Genossen ein Anstoß sein, sich dieser Diktatur von rechts mit allen Mitteln zu widersetzen.

Berlin, 20. September. Gestern vormittag sollten in Berlin eine Reihe von Protestkundgebungen an den von den bürgerlichen sozialdemokratischen Parteien unterstützten Kandidatur des Inhabers des Dr. Löwentstein zum Oberbürgermeister des neuen Groß-Berlin stattfinden. Sowohl die deutschnationalen Radaubrüber als auch die heuliche Radaubrüber und das Zentrum hatten Versammlungen angeschlossen. Zu einer ordnungsmäßigen Abhaltung der Versammlung ist es nirgends gekommen, da die Unauflöslichkeit schon vorher den Radaubrüber die üblichen Pakete heftig hatten. Die wenigen bürgerlichen Versammlungsteilnehmer, denen es gelungen war bis in den Saal vorzubringen, wurden mit Gewalt hinausgedrängt, wobei es vielfach zu Tätlichkeiten und Verletzungen kam. Die Sicherheitspolizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Wo die Waffen liegen!

Über einen großen Waffen- und Munitionslager wird dem Vorwärts aus Hirschberg in Schlesien, folgendes berichtet: „Dem Gewerkschaftsleiter und der Sozialdemokratischen Partei wurde die Mitteilung, daß sich im Restaurant Radaubrüber in den Radaubrübern verstreut circa 200 Karabiner befinden sollten. Arbeiterleiter Adam und Parteisekretär Hiescher begaben sich am Mittwoch zum Landrat und zum Polizeikommissar und suchten, zu einer Waffenbeschlagnahme mitzukommen. Der Wirt des Jägerwäldchens wachte zunächst nichts von der Sache. Mit Hilfe des Kriminaloberwachungsleiters Häusler wurde jedoch zur

Unterstützung der Räume geschritten und unter schweren Hoffnungen verließ drei große Rillen gefunden, in welchen sich acht große Maschinengewehre und sehr viel Munition (etwa 20 000 Schuß) sowie 8 bis 10 Seitengewehre befanden. Auf dem Boden, hinter Heu und Schießscheiben verstreut, fand man drei große Stapel von Gewehren, Mitrailleuse und Karabinern. Die Gewehre sind sämtlich ohne Schloßer, im ganzen sind etwa 2000 Gewehre, über 50 große und kleine Maschinengewehre und sehr viel Munition gefunden worden. Die Waffen wurden sämtlich beschlagnahmt und auf drei großen Lastautos davonverladen. Vom Regierungspräsidenten ist bereits Anweisung erlassen, die Waffen zu vernichten oder sie zu diesem Zwecke nach Vienne zu schaffen.

Waffen und Munition zur Ausrüstung von Tausenden wurden also hier in dem einen versteckten Waffentlager aufgefunden. Danach kann man sich eine Vorstellung davon machen, in welchem großen Umfang die Reaktion mit Waffen und Kriegsmaterial ausgerüstet ist. Und wieviel Tausende von beraiteten vorbezogenen Waffentagern mögen im ganzen Reich vorhanden sein!

Die Reichstagswahlen in Dpreußen und Schleswig-Holstein.

Nach einer Wolff-Meldung hat das Reichstagswahlgesetz in seiner letzten Sitzung zur Aufhebung der Reichstagswahlgesetzgebung in Schleswig-Holstein und in Dpreußen Stellung genommen. Eine Vorausscheidung dieser Wahlen, solange bis die Wahlen in Dpreußen stattfinden können, scheint bei der Unklarheit des Abstimmungsstermins für Dpreußen nicht angebracht. Dagegen ist ein Wahltermin selbst noch nicht angesetzt worden, weil bei der herrschenden Wahlunmöglichkeit innerhalb der Parteien nach Möglichkeit verhandelt werden soll, die Wahlen in Dpreußen und in Schleswig-Holstein gemeinlich mit den Wahlen zum preussischen Landtag stattfinden zu lassen. Voraussetzung für die Zusammenlegung ist, daß dadurch keine allzu wesentliche Verzerrung der Wahlen in Dpreußen und in Schleswig-Holstein stattfindet. Die Reichsregierung wird deshalb bevor sie ihre endgültige Entscheidung trifft, abwarten, welchen Abbruch die zur Zeit in der Schweiz befindlichen Verhandlungen über den Zeitpunkt der Wahlen in Dpreußen finden.

Die Köpfe sollen fliegen!

Ein preussischer Junker, der kürzlich den ehemaligen deutschen Kaiser besuchte, veröffentlicht in Grohmanns „Tagebuch“ einiges über Wilhelm. Unter anderem erzählt er, er habe Wilhelm II. beim Baumfällen gesehen, wobei dieser mit wahrer Wut auf die Bäume einschlug. Pflötzlich sagte er: „So werden die Köpfe fliegen rechts und links, wenn ich nach Deutschland zurückkehre.“ Wilhelm betrachtete also seine Solchadentarbeit als Vorbereitung für die erträumte künftige Regierungstätigkeit in Deutschland. Ein ähnliches Bild wir vermuten aber, Wilhelm würde es vorziehen, schließlich wieder das Hakenkreuz zu ergreifen, wenn es in Deutschland wieder einmal um Kopf und Kragen gehen sollte.

Durch Deutsche verursachte Kriegsschäden in Lettland.

Aus Riga wird gemeldet: Die Kommission für Kriegsschäden stellt die durch die deutschen Armeen in Lettland angerichteten Schäden auf neunzig Millionen Goldrubel fest. Mit dem durch Besondere angerichteten Schaden beläuft sich die Summe auf 10 Millionen. Die deutschen Gegenforderungen für Bauten in Lettland und zurückgelassenes Material werden sich nicht auf ein Drittel der lettischen Verluste belaufen.

Wanzig wird kein autonomer Staat.

Nach einer Meldung aus Paris erklärte Federewski dem Pariser Vertreter der Gazette Warschaska, daß in der Haltung der Entente in der Danziger Frage in den letzten Wochen ein grundlegender Umschwung eingetreten sei. Nachdem Lord George bisher Towers Aufstehen in Danzig unter dem Gesichtspunkt der nicht abwendbaren polnischen Niederlage zum mindesten stillschweigend begünstigt hatte, um das siegreich vordringende Sowjetrußland nicht nur den Kopf zu stoßen, habe er nach dem militärischen Umschwung in Polen die Luxemburger Begegnung mit G. M. zum Anlaß genommen, um den Geist des Versailles-Vertrages mit Bezug auf Danzig zur Durchsicht zu bringen und Milnerstands Standpunkt auch in dieser Hinsicht zu klären. Heute herrscht innerhalb der Entente Übereinstimmung darüber, daß Danzig kein autonomer Staat ist, der Politik auf eigene Faust machen dürfe, sondern eine „freie Stadt“, die dem Schutz Polens untersteht und deren auswärtige Politik von Polen gemacht wird. Hieraus folgt, daß Danzig kein Recht hat, seine Neutralität im Krieg zwischen Rußland und Polen zu erklären, da eine solche dem Zweck, zu dem die freie Stadt geschaffen wurde, nämlich Polen für alle Fälle einen Zugang zum Meere zu schaffen, zuwiderlaufen würde. Ob und inwieweit der Danziger Zwischenfall die staatsrechtlichen Beziehungen Danzigs zu Polen zu ändern beiführen wird, werden die in Kürze beginnenden Verhandlungen lehren.

Die Opfer der ungarischen Kätediktatur.

Das Budapest Blatt Vesi Naplo veröffentlicht die Namensliste sämtlicher Leute, die während der Diktatur des Proletariats ermordet oder hingerichtet worden sind. Das Budapest Strafgericht hat seinerzeit sämtliche Beschädigten der Städte und Dörfer aufgeföhrt, die während der Diktatur des Proletariats in der betreffenden Gegend erfolglos Morde und Attentate festzustellen. Auf Grund der eingelaufenen Berichte wurde nur durch die Behörde die Liste derjenigen zusammengestellt, die während der Kommune in Ungarn hingerichtet worden sind. Nach dieser Liste wurden in Budapest 37 Personen getötet, und zwar 6 auf Grund des Urteils der revolutionären Gerichtshöfe, 5 auf Weisung der Räteregierung, 18 durch die Terroristen, 8 durch Mitglieder der roten Armee. In der Provinz wurden 202 Personen getötet, und zwar 22 auf Grund der Urteile der revolutionären Gerichtshöfe, 163 auf Weisung der Bevollmächtigten der Räteregierung, 80 durch Terroristen und 37 durch Mitglieder der roten Armee. Auf Grund dieser Daten beträgt die Zahl der während der Herrschaft des Proletariats in Ungarn eines gewalttätigen Todes gestorbenen sich insgesamt 229. Diese Statistik wird am besten dadurch charakterisiert, daß die Behörden in die Reihe der Opfer des Kommunismus in Budapest z. B. auch den Ingenieur Bando und dessen Frau aufnahmen, die einem gemeinen Kadaver begangen durch einen roten Soldaten, zum Opfer fielen. Der Mörder, der durch den revolutionären Gerichtshof zum Tode durch Erschießen verurteilt und erschossen wurde, wird von der behördlichen Statistik ebenfalls den Opfern des Kommunismus eingerechnet. Ferner werden als Morde hingestellt diejenigen Leute die bei gegenrevolutionären Aufständen, mit den Waffen in der Hand, im regelrechten Kampfe fielen.

Eselbst auf diese gewalttätige Weise konnten die ungarischen Behörden nach mehr als einjähriger Nachforschung nur 229 Opfer des Kommunismus feststellen. Demgegenüber wurden durch die Gegenrevolution in der Stadt Kecskemet allein mehr als 200 Leute auf einmal in arauamischer Weise ermordet, die Zahl der Opfer der trunksüchtigen Bauern beträgt mehr als 1000, in Szolnok, Szeged, Abony, Alsószallas, Nagybörös, Ricsörös und in den Dörfern des Gebietes jenseits der Theiß wurden ebenfalls viele hundert Arbeiter und Juden in bestialischer Weise erschlagen. Ferner wurden bisher durch die Gerichtshöfe des gegenwärtigen Regimes in Ungarn mehr als 100 Leute zum Tode verurteilt und über 30 hingerichtet. Auf 100 kann die Zahl derjenigen geschätzt werden, die während des Verfalls bei der Polizei oder in der Untersuchungschaft erschlagen worden sind.

Man braucht nur diese Zahlen gegenüberzustellen, um das Geschick der bürgerlichen Presse über die „Schreckensherrschaft“ der ungarischen Sowjets richtig würdigen zu können.

Bauernunruhen in Kroatien.

Wie der Kosta in Wien aus Agram gemeldet wird, sind im nördlichen Kroatien, besonders in der Gegend Risch von Agram starke Bauernunruhen ausgebrochen. Der Grund hierzu ist die Nichterfüllung der Bauern gegen die Mobilisierungsgefühle der Militärbehörden anlässlich des Brennens der Pferde und der militärischen Goldensfeststellung von Vieh und Fuhrwerken, die nach der Verordnung des Kriegsministeriums in letzter Zeit durchzuführen war, wobei auch Pferde für die kriegswichtige Armee requiriert werden sollten. Die Bauern haben im nördlichen Kroatien den Gendarmen und dem bewaffneten Militär Widerstand geleistet. In vielen Orten kam es zu Geleichen, bei denen es beiderseits viele Tote und Verwundete gab. Mehrere Offiziere, Regierungs- und Gemeindebeamten wurden von den Bauern gefangen genommen und getötet. Stellenweise sind die Eisenbahnlinien herausgenommen worden, um die Züge mit Militär aufzuhalten. Bei diesen Unruhen sind auch viele Soldaten, die sich welperten nach Albanien gegen die Kroatian abzugeben desertiert. Unter dem Druck dieser Ereignisse mußte die Regierung all ihre Verordnungen zurückziehen.

Polens Friedensbedingungen.

Warschauer Blätter bringen eine Meldung, nach der in den polnischen Friedensbedingungen u. a. folgendes gefordert wird: 1. Im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes bleiben die beiden Armeen in den Stellungen, die sie augenblicklich besetzt haben. 2. Die Grenzlinie für die Grenzen ist die Grenze der zweiten Teilung (1793). Die Gebiete westlich dieser Linie fallen an Polen oder Litauen. Ein Mitglied der polnischen Friedensdelegation hat einem Pressevertreter erklärt, der von der polnischen Regierung ausgearbeitete Friedensvorschlag berücksichtige alle billigen Forderungen Rußlands. Polen werde Rußland alle geforderten Garantien geben, verlange aber selbstverständlich die gleichen Garantien von der Räteregierung. Trotz der günstigen militärischen und politischen Lage weise die polnische Regierung durch diese verständnisvollen Maßnahmen immer wieder auf den so oft angezeigten Friedenswillen hin. Wenn auch die Sowjetregierung wirklich und aufrichtig den Frieden wünsche, so könnten die Friedenspräliminarien schon im Laufe der nächsten Tage unterzeichnet werden. Diese in dem letzten Satze ausgesprochene Auffassung erscheint nach Lage der Verhältnisse rechtlich optimistisch. Besonders dann, wenn die eingangs wiedergegebenen Bedingungen richtig sind, dürften die Verhandlungen keineswegs so leicht verlaufen; denn die Bedingung, die Grenze von 1793 anzuerkennen, hat Rußland schon früher entschieden abgelehnt. Die eigentlichen Verhandlungen sollen morgen in Riga beginnen, nachdem bereits Vorbesprechungen zwischen den Präsidenten der beiden Delegationen stattgefunden haben.

In Kalvarja haben inzwischen die polnisch-litauischen Verhandlungen begonnen. Die Polen erklärten, der Dursatz bewaffneter kochweilischer Truppen durch litauisches Gebiet bedeute eine Verletzung der litauischen Neutralität; sie warfen den Litauern vor, daß sie mit den Bolschewisten unmittelbar zusammenarbeiteten. Die Polen verlangten, daß die Litauer der polnischen Delegation eine formelle Garantie für die litauische Neutralität geben sollten, und daß vor Eintritt in Verhandlungen die litauische Armee sich hinter die am 18. Juli 1919 festgesetzte Koch-Clémenceau-Linie zurückziehen sollte, da das von litauischen Truppen besetzte Land von der Entente Polen zuerkannt sei. Die litauische Delegation dagegen erklärte, daß die Beschlüßigung der Verletzung der litauischen Neutralität im russisch-polnischen Kriege vollständig unwirksam sei; daß deshalb eine besondere Garantie für die litauische Neutralität überflüssig sei. Hinsichtlich der Koch-Clémenceau-Linie erklärte die litauische Delegation, die litauische Regierung habe von der Festlegung der Linie niemals offizielle Kenntnis erhalten, auch nicht Geheimeheit gehabt, an der Festlegung dieser Linie teilzunehmen. Litauen lehne diese Linie nicht ab. Im übrigen sprachen die litauischen Delegierten den Wunsch aus, sofort zur Besprechung im einzelnen zwecks Festlegung einer vorläufigen Demarkationslinie überzugehen. Nach weiteren Verhandlungen haben die Polen als Voraussetzung für die Fortsetzung der Verhandlungen die Entfernung der litauischen Truppen aus dem Gebiet von Suwalki und die sofortige Räumung der Städte Seino und Paust verlangt. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Litauer darauf einverstanden werden.

Ein Mosauer Funkbruch erklärt die kürzlich verbreiteten Nachrichten über Unruhen in Petersburg und andern Gegenden Rußlands als unmaß. Andererseits wird aber Helmsfors berichtet, daß der Chef der russischen Ostflotte vor kurzem 100 Matrosen habe erschlagen lassen weil sie einem Mobilisationsbefehl nicht Folge geleistet hätten. In Warschau ist zur Unterbindung der Klänge der polnischen Arbeiter bei der großen Bolschewisten-Offensive von der polnischen Herrschaft ein besonderes Militärgericht eingesetzt worden. Man erwartet bei der Unterbindung sensationelle Entschlüssen.

Weber die Lage an der Front berichten die Polen über neue Erfolge am Sewel, an der Flota Eipo, zwischen dem Dnjepr und den Winter Sümpfen. Der russische Bericht vom 17. September meldet:

Westlich Grodno und Westlich Kämpfe östlicher Bedeutung, in denen wir Gefangene machten. Am Abschnitt Kobrin rücken unsere Truppen erfolgreich in Richtung Kobrin vor. In den Abschnitt Kowel und Luzk sind hartnäckige Kämpfe im Gange. Unter dem starken feindlichen Druck mußten unsere Truppen im Abschnitt Lemberg auf die Linie Stanislawow-Sokolowoski-Pel Komen zurückweichen; der Kampf dauert an. Krimfront: Im Abschnitt Orschow mußten unsere Truppen nach hartnäckigen Kämpfen mit feindlicher Kavallerie auf die Linie der Bahnstrecke Soknjewka (?)—Sologie zurückweichen, wo der Kampf weiter andauert. Am Nowoschen Meer versprengte unsere Flottille eine feindliche, bestehend aus vier Schiffen, versenkte ein Kanonenboot und beschädigte zwei andre.

Daily Herald und die russische Unterstüßung.

Nachdem in der letzten Zeit bereits mehrfach Andeutungen über die Unterstützung des englischen Intoxikationsblattes Daily Herald durch die Presse erschienen waren, gab das Blatt kürzlich selbst bekannt, daß ihm von Rußland 75 000 Pfund angeboten worden sind. In der Mitteilung wurde angeführt, daß eine Aktiendiversion einberufen worden sei, um sich über die Annahme auszusprechen. Das Geld befände sich bereits im Besitz des Daily-Herald-Vertragers in Rußland. Der Daily Herald wies darauf hin, daß die steigenden Preiskosten ohne diese Hilfe eine Preisverdobelung des Blattes notwendig machen würden.

Jetzt wird nun aus London berichtet, daß die Direktion des Daily Herald beschloßen habe, die von der russischen Regierung angebotene Unterstüßung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen und den Redakteur Menzell, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

Deutschland.

Weitere Verhandlungen über die Einführung amerikanischer Mehlis?

Wie die Berliner Morgenpost erklärt, sind die Verhandlungen zwischen den amerikanischen und deutschen Widerorganisationen wegen der Einfuhr amerikanischer Mehlis nicht abgebrochen worden. Niemand bestrebt die Ansicht, daß ein großer Mühlkonzern in Minneapolis sich an der Einfuhr von Mehl und Getreide nach

Deutschland beteiligen wird. Reichernährungsminister Bernes hat in der letzten Konferenz mit den Vertretern der deutschen Mäher erklärt, daß er ein neues Angebot der Amerikaner prüfen werde. Begünstigt des weiteren Transports von Mehlisuchen soll erst die Erfahrung abgewartet werden, die man im Stall und auf der Weide mit den bewilligten 2500 Röhren machen wird. Inzwischen soll versucht werden, die amerikanischen Mehlis für die notwendig werdende Einfuhr guten Kraftfutters zu interessieren.

Von der Knappschäftsberufsoffenschaft.

Die das gesamte Deutsche Reich umfassende Knappschäftsberufsoffenschaft zu Berlin hielt in Nürnberg ihre Genossenschaftsversammlung ab. Aus den Beschlüssen ist herzuheben die Bewilligung von 2 Millionen Mark Darlehen aus der Rücklage zu Erweiterungsbauten von Krankenhäusern. Der Betriebskost wurde um 15 Millionen Mark erhöht. Die Rücklage erreichte den Betrag von 11 Millionen Mark. Die Versicherungsschicht für Betriebsbeamte wurde bis zur Gehaltsgrenze von 35 000 Mark erweitert. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde spontan aus der Versammlung heraus die Frage der Sozialisierung des Verbaues angeschnitten. Wie der vorliegende Knapp Bericht selbst wurden Bedenken gegen die Sozialisierung geäußert.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Anschlag auf das Bankhaus Morgan.

Nach einer Telegrammmeldung aus London glaubt man in NeuYork, daß die große Explosion die Folge einer Verleumdung war. Die Firma Morgan arbeitet in Amerika für die englische Regierung. Der Anschlag wird daher für einen Rachakt irgend einer Gruppe gehalten. Die Ansicht der Polizei geht dahin, daß der Anschlag das Werk von Extremisten ist. Nach einer NeuYorker Meldung des Allgemeinen Handelsblatts sollen die radikalen Elemente in den Vereinigten Staaten die Ausgabe der französischen Anleihe durch das Bankhaus Morgan als eine Förderung der aggressiven Politik Frankreichs gegen Rußland betrachten, was möglicherweise die Verantwortung zu dem Anschlag gewesen sei. Im Zusammenhang damit wird ein Kommunist mit Namen Fisher genannt, der Toronto in der Nacht vom 14. September verhaftet hat und der mit Bezug auf Wallstreet erklärt haben soll: „Dort leben viele Millionäre, die getötet werden müssen.“

Nach einer andern Meldung ist Fisher, der verhaftet wurde, gestehtgeblieben. Wie aus NeuYork weiter berichtet wird, hat die Polizei den russischen Journalisten Bravlowa verhaftet. Sie hatte einen anonymen Brief erhalten, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß Bravlowa einige Minuten vor der Explosion sich in der Nähe der Wallstreet zu schaffen gemacht hatte.

Die Zahl der bei dem Attentat Getöteten beträgt nach neueren Nachrichten 37, die der Verletzten über 200. Der Sachschaden wird auf 3 Millionen Dollars geschätzt.

Die Kämpfe in Irland.

Dublin, 18. September. In Pöben Fease (Grafschaft Wimerik) wurde eine Polizeipatrouille überfallen; ein Polizist wurde getötet und zwei andere verletzt. Die Polizei umringelte heute in Emmilworth in den Bergen von Midlow eine große Anzahl von Männern, die militärischen Übungen oblagen. Es kam zu einem Gefecht, bei dem einige der Männer getötet und viele verwundet wurden. Die Polizei nahm mehrere von ihnen gefangen. — Allgemein Handelsblatt meldet aus London: Die Great Northern Eisenbahngesellschaft in Irland hat mitgeteilt, daß infolge der Weigerung einer Anzahl Angestellten der Gesellschaft, Tage zu fahren, die Polizei oder Militär beiführen, zum nächsten Montag alle Zugverbindungen zwischen Dundalk und Carristien und auf den anschließenden Linien für unbestimmte Zeit eingestellt werden. Desgleichen wurde mitgeteilt, daß der Dienst zwischen Dublin und Belfast eingestellt werde.

Nach einer Londoner Meldung wurden in Irland bisher über dreitausend Mordtaten und Gewalttätigkeiten gemeldet. Vom 1. Januar 1919 bis zum 4. September d. J. wurden 99 britische Soldaten getötet und 293 verwundet, von der Zivilbevölkerung wurden 21 Personen getötet und 56 verwundet, 80 Gerichtshöfe und 460 Soldatenbaracken wurden zerstört, 364 Postzüge und 1610 Waffentransporte ausgeraubt.

Einfluß Bulgariens an die kleine Entente? Wie aus Sofia gemeldet wird, reist der bulgarische Ministerpräsident Stambulow nach Prag, um mit dem Minister des Äußeren Dr. Benes über den Beitritt Bulgariens zur kleinen Entente zu verhandeln.

Griechenland fordert die Auslieferung bulgarischer Offiziere. Die griechische Regierung verlangt die Auslieferung von 170 namenlich angeführten bulgarischen Offizieren, die beschuldigt werden, mehrerliche Mordtaten an Griechen begangen zu haben. Die griechische Regierung will sie gemäß den griechischen Gesetzen vor Gericht stellen und aburteilen lassen. In der Liste sind u. a. auch die griechischen bulgarischen Minister Popow und Lontschew, sowie der bulgarische Generalissimo Jekow enthalten. Falls Bulgarien sich weigern sollte, dem Verlangen Griechenlands zu entsprechen, werden die bulgarischen Kriegsschiffe nicht entlassen werden.

Griechische Vormarsch in Kleinasien. Über den Vormarsch der Griechen in Kleinasien berichtet Danag, daß die griechischen Truppen nach der Belzung von Uchal im Umkreis von 20 Kilometern alle Ortschaften bezieht und sich so eine Operationsbasis geschaffen haben. Auch die Gebirgszüge von Kisi Dagh und Umo Dagh wurden von den griechischen Truppen als strategisch wichtig bezieht.

Die Franzosen in Srien. Nach einer Savonesmeldung aus Beirut hat General Gouraud die Autonomie der Provinz Aleppo unter französischem Protektorat proklamiert. — Eine französische Kolonne, die von General Gouraud in der Gegend von Damaskus entlastet wurde, um dort die Rebellen zu bekämpfen, hat den Feind in die Flucht geschlagen, ungefähr 200 Mann getötet und Geschütze und Maschinengewehre erbeutet.

Frankreich in Siam. Wie Journal mitteilt, wird in Paris augenblicklich mit Siam verhandelt, hauptsächlich wegen des Abschlusses eines Handelsabkommens und über den Bau einer Eisenbahn Saigon—Bangkok. Die Verhandlungen sollen unmittelbar vor dem Abschluß stehen.

Zurückziehung aller amerikanischen Truppen aus Frankreich. Die Washingtoner Regierung hat die sofortige Rückkehr aller noch in Frankreich weilenden amerikanischen Truppen angedeutet.

Großlibanon. Am 1. September ist durch General Gouraud der Staat Großlibanon proklamiert worden. Der Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein, die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Feder im weißen Streifen.

Ein Kongreß der Ostöster. Nach einem Mosauer Funkbruch fand in Berlin die erste Versammlung der Ostöster statt. Sinowjew, . . . Bela Kün und die Vertreter der kommunistischen Internationale des Westens nahmen an den Besprechungen teil. Zum Ehrenvorsitzenden wurde Lenin gewählt, Ehrenmitglied waren u. a. Trotzki und Bela Kün. Der Vorsitzende der Versammlung hielt eine Rede, die kühnliche Sympathiebekundung für die Sowjetmacht und Drohungen an die Adressen der Feinde der Arbeiter hervorrief.

Von Nah und Fern.

Kopenhagen an der Pest. Erkrankungen an der Pest. Kopenhagen, 17. September. Auf dem Dampfer Lima ist wie aus Stockholm gemeldet wird, die Pest festgestellt worden.

Hiime, 20. September. Einer amtlichen Mitteilung zufolge sind im Spital von Hiime vier Fälle von Diphtherie festgestellt worden.

Frankfurt a. M., 19. September. Der Zeitungsbesitzer Georg Kast in Leipzig. Beratungsvertrag für den Ankauf von: Diebstahl-Liste v. Verschw. Leipzig. Druck und Verlag: Pringlers Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Wichtige Bekanntmachungen.

Bekanntmachung über Pferdeköhler.
Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 27. August 1920 (Sächsische Staatszeitung Nr. 200 vom 31. 8. 1920) werden als Substanz für die Köhlerung:
Für Pferdeköhler (statt 6,10 Mk.) 5,90 Mk.
Für Pferdeblutwurm (wie bisher) 4.— Mk.
Ernährungsamt Leipzig, am 16. September 1920.

Schwerverletztenbeschädigte betr.

Auf Grund einer Vereinbarung mit der Großen Leipziger Straßenbahn ist das unterzeichnete Kreisamt berechtigt, Dienstbeschädigten nach dem Reichsversicherungsamt mit mindestens 50 Proz. Militärentante (Schwerbeschädigte) einen Ausweis auszustellen, dessen Inhaber auf Verlangen von

den Schaffnern eine Fahrkarte zum Einheitspreis von 10 Pf. (einfach, unentgeltlich, Werktags und abends ohne Zuschlag gültig) erhält. Dienstbeschädigte mit 100 Proz. Militärentante erhalten einen Ausweis zur Erlangung von Freifahrkarten auf allen Linien, der ihnen von der Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn auf Grund des obengenannten Ausweises des Kreisamtes ausgestellt werden wird.
Auf besonderen Antrag kann das Kreisamt auch sehr schwer am Gehen behinderten Dienstbeschädigten, die weniger als 50 Proz. Militärentante beziehen, einen Ausweis ausstellen.
Auf Antragsfällen findet diese Vereinbarung keine Anwendung.
Die von der Vergünstigung Betroffenen werden hiermit aufgefordert, sich an den unten bezeichneten Tagen und Stunden auf dem Kreisamt, Abteilung für Schwerbeschädigtenfürsorge, Postplatz 11, I., einzufinden. Mitzubringen sind: der Ausweis zur Benutzung des Abteils für Schwer-

beschädigte auf der Eisenbahn, der Wohnungsbescheid, der Rentenbescheid (oder soweit die Rente noch nicht festgestellt ist, der Entlassungsbescheid), sowie eine Photographie (Passbild ohne Kopfbedeckung, etwa 3 1/2 x 4 cm), die für Inhaber eines Ausweises zur Benutzung des Schwerbeschädigtenabteils nicht nötig ist.
Es melden sich:
1. Militärentantenempfänger:
Buchstabe A—E: Dienstag, den 21. September, vorm. 11—2, abends 6—8 Uhr;
" F—H: Mittwoch, den 22. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr;
" I—L: Donnerstag, den 23. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr;
" M—R: Freitag, den 24. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr;
" S: Sonnabend, den 25. September, vorm. 9—2 Uhr;
" T—Z: Montag, den 27. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr.

2. Voraussichtlich Schwerbeschädigte, deren Rentenverfahren noch nicht abgeschlossen ist:
Buchstabe A—H: Dienstag, den 28. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr;
" I—R: Mittwoch, den 29. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr;
" S—Z: Donnerstag, den 30. September, vorm. 9—2, abends 6—8 Uhr.
Leipzig, 18. September 1920. R. M. I. 37807.
Kreisamt für Kriegsbeschädigten im Regierungsbezirk Leipzig.

Sparkasse Wahren.

Montag, den 20., und Dienstag, den 21. September wegen Reinigungsarbeiten geschlossen.

Deutscher Musiker-Verband.

Südoststraße 45 Leipzig, 18142.
Mittwoch, den 22. Sept., vormittags 9 Uhr, im Volkshaus
Mitglieder-Vollversammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Vorst. der Frau, Alfred Klemm: „Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben“. Außerdem Erledigung der übrigen Tagesordnung.
Auf Rollenbesuch wird verzichtet.
Die Versammlung der Nebenberufsmusiker findet Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr, im Volkshaus statt.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Leipzig.
Bureau: Gerberstraße 1, III., Zimmer 80.
Geschäftszeit: 11—1 Uhr mittags u. 7—7 Uhr abends.
Mittwoch, den 22. September, gleich nach Feierabend:
Gr. Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus (Gesellschaftssaal).

Tagesordnung:
1. Vortrag des Gen. Klum über: Die Gewerkschaften und ihre Bedeutung im Wirtschaftsleben.
2. Wichtige Berufsfragen.
In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen erforderlich.
Die Filialverwaltung.
Mitaliederbücher sind vorzulegen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Betriebsräte, Obleute u. Funktionäre aller Branchen
Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr:
Wichtige Versammlung
im Volkshaus (Gartenkolonnade).
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Delegation auf dem Betriebsratorenkongress in Berlin. — 2. Verschiedenes.
Kolleginnen und Kollegen! Diese Versammlung macht sich notwendig infolge der einseitigen und ungerechten Behandlung durch die Zentralleitung. Jeder Betrieb muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Baugenossenschaft für Eisenbahnbedienstete G. m. b. H. L.-Engelsdorf

Montag, den 27. September, nachm. 6 Uhr:
Außerordentliche Haupt-Versammlung
im Kasino der Baugenossenschaft.
Tagesordnung: 1. Satzungsänderungen des § 35, 3. 2. Stellungnahme zum Bau der 3 Häuser in L.-Sellenhausen. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Erhebung eines Zuschlages zur Rente. 5. Anträge.
Zutritt nur gegen Ausweis.
Engelsdorf, den 17. September 1920.
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:
Richter, Archibald. Prater, Hartmann.

Jeden Dienstag und Freitag vormittags von 9 bis 12 Uhr
Detail-Verkauf
von frischen Seefischen sowie Schotten u. Norweger Salz- u. Räucherheringen zu den billigsten Tagespreisen
Räucherei Bad Rohrteich L.-Schönfeld
Rohrteichstraße.

Billige Seefisch-Tage

Aus heutiger Ladung empfehle:
ff. blutfrischen Angel-Schellfisch Cabliau, Seelachs, Goldbarsch mittel Schollen 2.50
ff. Cabliau, Seelachs ohne Kopf 3.—3.50
Frische Fischkoteletten 3.80
Täglich frisch aus dem Rauch:
Der beliebte extrafette Fisch-Speck 5.—
Kieler Fett-Büchlinge 6.—7.—
Neue Schotten-Vollfetheringe 4.75
Neue Holländ. Vollfetheringe 5.50
ff. Norweger Vollheringe 2.25
ff. Norweger Vollfetheringe 2.75
ff. Heringsmilch 1.50
ff. Del.-Heringsrogen 75 Pfg.
Spezial-Herings- und Fischwarenprosshandlung
Walter Baumann
Tel. 60721 Wur. ner Str. 2a Tel. 60722
Strassenbahn 8, 20 und 21.
Mittags von 1 bis 3 Uhr geschlossen.

Ziehung 28. Sept. bis 4. Okt.
Geld-Lotterie
des eingetragenen Vereins
Krüppelhilfe zu Dresden.
Hauptvertrieb Alexander Hessel, Dresden, Weisengasse 1.
Hilfsstellen im günstigsten Fall:
100000
Hilf: 75000
25000
Hilf: 10000
5000 etc.
Lose à 3,00 Mk., mit Teuerungszuschlag (Postgeld u. Liste 80 Pf.) bei den Staatslotterien-Einnahmen und den durch Makate kanntlichen Geschäften.



PETERS UNION Pneumatic

MITTELDEUTSCHE GUMMIWARENFABRIK LOUIS PETER, A.-G.
FRANKFURTA. M.
Filiale: Leipzig, Frankfurter Straße 18. Telefon 14838.

Am 1. Oktober erscheint, herausgegeben von
Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoeker
eine neue politische Zeitschrift, die
Kommunistische Rundschau
Bekanntes Genossen des In- und Auslandes haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Aufgabe der Zeitschrift soll es sein, vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus, zu allen das internationale Proletariat bewegenden Fragen, Stellung zu nehmen.
Sie erscheint zunächst alle 14 Tage, später jede Woche. Das Heft umfasst 16 bis 32 Seiten und kostet im Verkauf 1 Mark.
Bestellungen b. allen Postanst. (14 Nachstr.) u. Parteilbuchhdlg. od. an
Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstr. 10
Anfragen usw. an die gleiche Adresse.

Leipzig. Mieter-Berein Gruppe Marxstr. 41.
Dienstag, den 21. Septbr., abends 7 1/2 Uhr, in der Guten Quelle:
Mitglieder-Versammlung
Neue Mitglieder willkommen. Der Vorstand.
Zhr Anzug
wird wieder wie neu ge-
reinigt u. gebügelt für
20 Mt. Abholung und Zu-
sendung frei. Volkstare ge-
nügt an Wälderei **Undino**,
Leipzig-Döllitz.
ff. Kognak-
Vorschnitt, 45 Prozent
L. O. Kasper Nachf.,
L.-Pflanzwitz
Schöcherische Straße 30. *

Reparaturen
an Ihren led. Uhr
nur inreguläre solide
Ausführung u.
unt. Garant. bei
Gustav Kaniss
Uhrmach., Tauschstr. 6.
Photo-Apparate
neue u. gebrauchte, sehr preisw.
Rollfilme
4x6,5 6x6 6x9 6,5x11
6.— 8.50 7.50 10.—
Packfilme billigst.
Platten
4x6 6x9 9x12 10x16
6.— 10.— 16.50 20.—
Photohaus Mitschmann,
Beterssteinweg 15 (Laden)
Eingang Hühnerstraße.
Herren-Moden
Neuanf. Wend. Hen. Wend.
Währte, A. Jostergasse 2, III. I. *

Metallarbeiter!

Gruppe XI.
Betriebsräte und Vertrauensleute.
Mittwoch, den 22. September, abends 7 1/2 Uhr
im Volkshaus, Zeißer Straße 32
Voll-Versammlung
Tagesordnung:
Bezirks- und Reichskonferenz. — Verschiedenes.
Der Gruppenrat wird ersucht, sich 7 1/2 Uhr einzufinden.
Der Arbeitsausschuss.

Westbezirk U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Mittwoch, den 22. September 1920, abends 7 1/2 Uhr
Bezirks-Versammlung
in den Westendhallen, O.-Platz, Jchocherische Straße 41.
Tagesordnung:
1. Die politische Situation im Reich und die Stellung der U. S. P. D. zur 3. Internationale.
Referent: Genosse Dr. **Hilferding**. Korreferent: Genosse **Koenen**.
2. Freie Aussprache.
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Bezirksvertreter.

Durch den plötzlichen Tod unseres Genossen
Jakob Krug
verlieren wir einen tüchtigen Mitarbeiter für unsere Bildungsarbeit. Als Mitglied des Bildungsausschusses in den Jahren 1917—1920 verdanken wir ihm manche gute Anregung. Die Jugendbewegung unterstützte er in anerkennenswerter Weise. Seine Tätigkeit sichert ihm eine ehrende Erinnerung.
Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Familien-Nachrichten
Nach kurzem aber schwerem Leiden verchied am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, meine liebe Frau, die treuergebende Mutter ihrer beiden Kinder, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter und Schwägerin
Charlotte Müller geb. Dantz
im fast vollendeten 26. Lebensjahre.
Dies seinen Schmerzerfüllt an
L. Reudnitz, den 18. September 1920
Walter Müller nebst Kindern,
Emma Dantz, Familie Müller.
Die Beerdigung findet Dienstag, 21. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gohliser Friedhof statt.
Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unser herzoglicher Sohn, Bruder und Bräutigam
Ernst Herbert
im Alter von 23 Jahren am 18. September 1920 nach schwerem Leiden und hartem Tobekampf verchieden ist.
Dies seinen Schmerzerfüllt hierdurch an
L. Lindenau, Gohliserstraße 4, I. r.
Die trauernden Eltern **F. Kohlheidt nebst Kindern**,
Anni Köhler als Braut.
Beerdig. Dienstag, 21. September, vorm. 12 Uhr, von der Kapelle des Gohliser Friedhofs aus.
Nach kurzem aber schwerem Leiden ist am Sonntagabend umre über alles innigstgeliebte unvergeßliche Tochter und Schwester, meine liebe Braut
Elsa König
im Alter von 18 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen.
In namenlosem Schmerz zeigen dies an
L. Gohlis, Eichenstraße 8, part.
Familie Hermann König im Namen aller Hinterbl.
Otto Tannert als Bräutigam.
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des Gohliser Friedhofs aus statt.
Sonntagabend 10 Uhr entließet nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere herzogliche Tochter, Schwester, Nichte und Entelin,
Fräulein Johanna Guckeland
im Alter von 17 Jahren. In tiefstem Schmerz
L. Anner, Sellenhauer Straße 4
Alfred Guckeland und Frau
nebst Sohn und Angehörigen.
Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz empfinden!
Nach langem schwerem Leiden entließet heute mittag, im 63. Lebensjahre, mein lieber guter Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Former
Robert Siegel.
L. Lindenau, Meriburger Straße 67, II.
den 19. September 1920
In tiefstem Schmerz **Hilda Siegel geb. Hessel**,
Ebnäherung Mittwoch, nachm. 3 Uhr. Blumenbeiden werden im Sinne des Verstorbenen dankend abgelehnt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. September

Parteilangelegenheiten.

Offbeiz. Morgen Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr: Funktionärssitzung im Sophienschwäbchen. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Mütern. Heute Montag, den 20. September, abends 1/8 Uhr: Funktionärssitzung im Carolabad.

Deusch. Heute abend 7 Uhr: Funktionärssitzung im Würzburger Hof, Franz-Hemming-Straße. Die für Dienstag, den 21. September, nach dem Vierteljahresprogramm vorgelegene öffentliche Versammlung kann umständehalber nicht stattfinden. Näheres wird später durch Inserat bekanntgegeben. Es gelangen die neuen Funktionärskarten zur Ausgabe, die alten Karten sind abzugeben.

Gruppenrat 6. Heute Montag: Wichtige Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppenrat 10, Lederindustrie. Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr: Sitzung im Kartell, Hotel Viktoria, Gerberstraße 1, Zimmer 104.

Die Parteierstörer in Leipzig an der Arbeit.

Im Volkshause hat am Sonnabend eine Sitzung von Mitgliedern der USP. stattgefunden, in der der Feldzugsplan geschmiedet wurde, wie am besten die Partei in Leipzig zerstückt werden könnte. Die Sitzung begann abends 8 Uhr. Es waren ungefähr 25 bis 30 Personen daran beteiligt. Einer der Teilnehmer erklärte, er habe bei der Bestellung des Zimmers zur Geschäftsleitung des Volkshauses gesagt, an der Sitzung nähme ein Mitglied des Hauptvorstandes von Groß-Leipzig und ein Mitglied der Parteileitung teil. Daraufhin hat die Geschäftsleitung das Zimmer reserviert. Eingetragen war die Sitzung als: Funktionäre USP., Rebellion.

Die Veranstalter hatten sich für ihren Zweck den aus seinem Auftreten in Dresden berühmten Dr. Stern verschrieben, der hier einen Vortrag hielt. Dr. Stern hat vor einiger Zeit in Dresden eine sehr üble Rolle gespielt und dort Treiberrollen in der Parteiorganisation gespielt. In einer Generalversammlung der Dresdner Parteiorganisation sagte der Parteisekretär Mentke: Dr. Stern ist nach Dresden gekommen. Er ist hier als Redakteur für die Dresdner Volkszeitung an Stelle des Genossen Fleißner vorgezogen; Fleißner soll abgesetzt werden. In der Diskussion ist diese Behauptung Mentkes von einem Freunde des Dr. Stern als wahr bestätigt worden. In Dresden ist aber die Treiberrolle rechtzeitig durchschaut worden. Stern konnte seine ehrgeizigen Pläne dort nicht erreichen und deshalb verlegt er nun das Feld seiner Tätigkeit nach Leipzig.

Die Leitung dieser Sonderkonferenz vom Sonnabend lag in den Händen von Kurt Lieberasch, Otto Burke und des Metallarbeiterbeamten Zipsel. Stern referierte. Er gab in seinem Referat Anweisungen, welche Argumente benutzt werden sollen, um die Genossen für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen. Zu Eingang seines Referates sagte er, die Parteibürokraten kräuben sich nur deshalb gegen die Bedingungen, weil sie Angst um ihre Posten haben. Er wandte sich auch dagegen, daß der Parteitag sobald einberufen wird, weil dadurch die Aufführung verhindert werde. Dann bemühte sich Stern um den Nachweis, daß die Bedingungen gar nicht so schäblich gemeint seien. Moskau wolle nicht diktieren, sondern nur belehren. Die Kommunisten hätten während des Kapp-Putsch große Fehler gemacht, indem sie es billigten, daß die USP. in die Regierung eintreten sollte. Das sei von dem Exekutivkomitee nicht gebilligt worden. Das Exekutivkomitee habe die Absicht gehabt, durch einen Juntspruch gegen die Haltung der Kommunisten in Deutschland Einspruch zu erheben. Das sei aber nicht geschehen, daraus sei ersichtlich, daß das Exekutivkomitee gar nicht kommandieren wolle. Stern empfahl, dieses Beispiel zum Beweise der Harmlosigkeit der Bedingungen in den Versammlungen anzuführen. Es sei auch nicht richtig, daß die Führer vom Exekutivkomitee bestimmt werden sollen, vielmehr sollten die Führer von der Masse gewählt werden. (Die Zentrale schreibt aber vor, wer gewählt werden soll.) Das Exekutivkomitee

wolle nur eine Straffe Zentralfaktion, die Bedingungen müßten erfüllt werden, wenn die Revolution zum Ziele geführt werden soll. Lieberasch sei nicht mehr der richtige Mann, weil er den Terror bewirkt. (Stern, Zipsel, Lieberasch, Burke sind offenbar die richtigen Männer.) Stern sagte, am liebsten hätte er es wenn die ganze USP. auf die Bedingungen festgelegt würde, die widerstrebenden Elemente müßten aber unbedingt beiseite werden. Es sei dann immer noch besser, eine kleine Partei zu sein, als diese Elemente unter sich zu haben.

Im besonderen hegte Stern gegen die Leipziger Volkszeitung. Sie berichte z. B. nicht, daß die russischen Arbeiter von Lenin und Trotski begünstigt sind. Dagegen könne dem Redakteur Bloch kein Vorwurf deshalb gemacht werden, weil er seine Meinung vertritt. Man könne ihm doch nicht zumuten, gegen seine Ueberzeugung zu schreiben. Stern sagte: Wir brauchen unbedingt die Einheitsfront der Partei, wir wollen keine Spaltung, wer aber die Bedingungen nicht annehmen will, der muß beiseite werden. Stern will auch keine neuen Verhandlungen mit Moskau, die Bedingungen müßten reiflos anerkannt werden, denn bei erneuten Verhandlungen bestehe die Gefahr, daß noch schärfere Bedingungen vorgeschrieben würden. Die SPD. seien Verwahrer. Die USP. sei schwankend, die KPD. sei zu klein (daraus müßten ihr viele Mitglieder von der USP. zugeführt werden).

Die Diskussion.

Der erste Diskussionsredner erwiderte sich sofort als gelehriger Schüler von Trotski, indem er mit den gleichen schmutzigen und vergifteten Argumenten arbeitete. Er sagte, den Führern geht es nur um ihre Posten, nicht um die Interessen der Partei.

Der nächste Redner war Riehl, der sagte, die Bedingungen müßten unbedingt angenommen werden. Er wandte sich besonders scharf gegen Lipinski, Bloch und Liebermann. In jeder Versammlung müßten Redner für die Bedingungen geschickt werden, wenn es nicht anders sei, müsse man sich zum Eintritt in die Versammlungen entsprechende Mitgliedsbücher beschaffen (der gelehrige Schüler Lenins, der mit List, Betrug und Verschweigen der Wahrheit sein Ziel verfolgt).

Zschau empfahl, die Note Fahne zu lesen. Die Leipziger Volkszeitung müsse abbestellt werden.

Zipsel sagte, wir wollen nicht mehr illegal arbeiten. Er teilte mit, daß er der Geschäftsleitung bei der Bestellung des Zimmers mitgeteilt habe, ein Mitglied der Zeitung und ein Mitglied des Hauptvorstandes seien an der Sitzung beteiligt.

Lieberasch wandte sich gegen die von einem Vorredner erhobene Forderung, daß die Redaktion der Leipziger Volkszeitung gesperrt werden müsse. Die Redaktion dürfe nicht gesperrt werden, sonst werde ja die Leipziger Volkszeitung vernichtet. Man müsse vielmehr mit allen Mitteln und rücksichtslos darauf hinarbeiten, den ganzen Parteiapparat in die Hände zu bekommen.

Im Anschluß an die Aussprache über die Leipziger Volkszeitung sagte einer der Teilnehmer, wir müssen versuchen, ein Mitglied des Presbiterates auf unsere Seite zu bringen, das dann versuchen muß, der Redaktion ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Auf diese Weise bekommen wir eine revolutionäre Redaktion.

Riehl sprach noch einmal, es müßten die Betriebsobleute zusammengenommen werden und zu den Besprechungen solle man auch solche Genossen mit haben, die sich noch nicht bestimmt entschieden haben. Dabei müsse auf die schlechte wirtschaftliche Lage und auf den allgemeinen Niedergang hingewiesen werden. Das müsse doch ziehen. Man müsse auch versuchen, Frauen heranzuziehen.

Groh sagte, die Punkte, die die Internationale aufgestellt hat, hätte die Opposition in der Partei ausstellen müssen, dann wären sie sofort angenommen worden. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung muß ausgedrückt werden.

Lieberasch sagte, es müsse im besonderen bei den Diskussionen auf die Fehler der USP. bei dem Kapp-Putsch hingewiesen werden. Das zündet bei den Massen. — Dabei hat Lieberasch während des Kapp-Putches mit in der Leitung der Aktion geübt, ohne jemals ein Wort der Kritik an den beschlossenen Maßnahmen zu finden und ohne jemals einen einzigen Vorschlag zu machen, wie anders gehandelt werden sollte. Ein Vierteljahr später kommt derselbe Genosse Lieberasch, der mitzubildig ist an der „Schlappenhaltung der USP. beim Kapp-Putsch“, und behauptet sich derselben Angriffe gegen die Partei wie die Kommunisten.

Im Schlußwort sagte Stern noch einmal, die Partei soll nicht gespalten werden, aber wir müssen sie reinigen von den Elementen, die nicht hereingehören.

Es wurde mitgeteilt, daß Stern sehr längere Zeit in Leipzig bleibt, so daß er überall, wo es gewünscht wird, als Referent oder Korreferent austritt. Zipsel soll Stern überall vermitteln.

Nach der Diskussion wurden Broschüren und Rednermaterial empfohlen. Es ist Rednermaterial vorhanden, das geschlossene Vorträge enthält. Für die nächste Sitzung wurde u. a. auch das Pantheon als Versammlungsort festgestellt. In dieser Sitzung will man sich auch mit der Aufstellung der Kandidaten zum Parteitag beschäftigen.

An der Sitzung waren u. a. auch neben den Genannten Errobi, Hahn, Mann, Schiefer beteiligt. Der Genosse Burke verbündete die Parteileitung, daß sie ihn nicht mehr zu ihren Sitzungen laße. Er könne es aber nicht genau sagen. Ein Teilnehmer sagte auch, wir dürfen nicht wieder ins Volkshaus gehen, sonst werden wir womöglich von der Parteileitung überwacht.

Es konnte nicht festgestellt werden, ob an dieser Sitzung auch KPD-Mitglieder teilgenommen haben. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, denn aus Halle wird berichtet, daß dort die Beauftragten der Bedingungen sich den Kommunisten Helfert als Referenten holten, der über die USP. und die KPD. referierte.

Wie aus dem vorstehenden Bericht ersichtlich ist, gibt es eine Anzahl von Mitgliedern der USP., die drauf und dran sind, in der skrupellosesten Weise die Partei zu zerstören. Sie setzen sich zusammen und vereinbaren einen Feldzugsplan, wobei sie betonen, in den Versammlungen müsse gesagt werden, daß sie nicht die Partei spalten wollten. Tatsächlich läuft aber das ganze Treiben auf eine Spaltung der Partei hinaus. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß die ersten Sonderkonferenzen dieser Gruppe zuerst im Osten Leipzigs statt haben.

Wenn übrigens von diesen Leuten gesagt wird, daß die Führer nur deshalb gegen die Bedingungen sind, weil sie Angst um ihre Posten haben, so könnte man ja im gleichen Ton antworten: Die Teilnehmer dieser Konferenz sind nur deshalb für die Annahme der Bedingungen, weil sie hoffen, dabei einen Posten errattern zu können. Wir lehnen solche Methoden der Diskussion ab, weil dies die Partei vergiftet und nicht zur sachlichen Klärung beiträgt. Wer der Partei ehrlich dienen will, der muß sich mit aller Entschiedenheit gegen das gemeingefährliche Treiben jener Leute wenden, die in dieser Versammlung die Parteilspaltung organisiert haben.

Es wurde auch mitgeteilt, daß am Montag Flugblätter verbreitet werden. Es sind 5000 mehr als das letztemal. Zschau hat die Organisation der Flugblattverbreitung übernommen.

Der Rat will nicht verstadtlichen.

Aus den Ratsbeschlüssen wird berichtet: Auf den Antrag der Stadtverordneten, ihnen bis 1. Oktober 1920 eine Vorlage über Verstadtlichung des Schornsteinfegergewerbes vorzulegen, wurde beschlossen, die Verstadtlichung nicht vorzunehmen, weil es nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung unzulässig, ferner mit erheblichen finanziellen Opfern der Stadt verbunden sein würde und weil Meister wie Gesellen sich gegen die Verstadtlichung ausgesprochen haben. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Der hochwohlwollende Rat weiß es natürlich wieder einmal besser, nach seiner Ansicht taucht die ganze Verstadtlichung nichts, daher stemmt er sich gegen sie. Zunächst hat er ja auch noch die Macht, sich schließend vor die Privilegien der Bestehenden zu stellen, aber es kommt auch keine Zeit. Es wird die Aufgabe der Arbeiterklasse sein müssen, das reaktionäre Bollwerk des Ratskollegiums durch entsprechende Aenderung der reaktionären Landesgesetzgebung zu schleifen, dann liegt die ganze Ratsherrlichkeit in der Luft.

Weitere Mitteilungen aus der Ratsitzung: Von der Einrichtung einer besonderen Abteilung im Arbeitsnachweis für Erwerbslose nahm man zumitend Kenntnis. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Schöning ist der stilltätige Genosse Arno Berthel in das Stadtverordnetenkollegium berufen worden.

Eine Demonstration für Oberschlesien und Kärnten fand am Sonntagvormittag in Leipzig statt. Sie begann mit einem Umzuge, der vom Reichsgericht seinen Anfang nahm und in dem vertreten waren: Die Auslandsdeutschen, die Deutsch-Oesterreicher und Kärntner, die Ost- und Westpreußen, die Polen, die Schleswig-Holsteiner, die Elb-Lothringer, die Schlesier. Sie führten Tafeln mit Aufschriften und Bildern mit. Der Zug landete auf

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voelt.

9] Zeichnungen von Hans Albert Förster.

4.

Die Oberdeutschen zeigten sich Züßlinger trotz dem verunglückten Prüfungsmorgen dankbar, indem sie ihn zum geheimen Oberbibliothekar ernannten. Man hatte auch den Titel Zuchtentzüßter in Erwägung gezogen, aber der geistliche Beirat der Regierung war aus Sittlichkeitsgründen dagegen gewesen.

Züßlinger hatte jetzt also die Ernährung, die Verblödung und die Bestrafung der erzeugten und noch zu erzeugenden Züchtlinge unter sich. Er tat, als wisse er vor Arbeit nicht ein noch aus. Er heuchelte Schwierigkeiten, die nicht mehr vorhanden waren; vorläufig nahmen ihn seine Aemter nicht aufzureißen in Anspruch.

Jedoch durchaus nicht müßig, benutzte er seine Zeit zu ähnlichen Versuchen, wie sie der König Mithritades ange stellt hatte. Er suchte ein Mittel gegen die Wirkung des Verblödungsstoffes. Als Versuchsobjekt benutzte er vor sichtigerweise nicht sich selbst; der weibliche Züchtling, den er zum Beobachten überwiesen bekommen hatte, kam ihm jetzt gut zustatten.

„Da, ihr Mädchen,“ hatte er zu Thessa und Stephanie gesagt, „hier bringe ich Euch Ersatz für die arme heimgegangene Ida!“

Die beiden Basen hatten Ach und Weh geschrien und sich unter Anrufung aller Heiligen gegen eine solche Gesellschaft verwahrt. Besonders Thessa fürchtete sich vor diesem harmlosen Geschöpf, das auf den stolzen Namen Hera hörte, und an dem sich übrigens deutliche Anzeichen der Fruchtbarkeit bemerkbar machten.

„Arnold, tu das böse Tier weg!“ schrie sie beschwörend.

Aber Arnold berief sich auf seinen staatlichen Auftrag und behielt Hera um sich. Stephanie, die einige robuste Anlagen hatte, söhnte sich nach kurzer Zeit mit ihrer Gesellschaft aus, Thessa freilich blieb verstockt und in Furcht und weinte viele Tränen.

Oft hoffte sie auch, von dem Anblick des Scheusals befreit zu werden. Hera wurde zusehends hinfällig und schien dem Tode nahe. Das geschah, wenn Züßlinger ihr eine besonders starke Gabe eines vermeintlichen Gegengiftes eingegeben hatte. Aber sie erholte sich jedesmal; sie besaß etwas von der Widerstandskraft niederer Tiere und vertrug mehr, als ein Duzend gewöhnlicher Menschen aushalten hätten.

Züßlinger war nicht der Mann, sich durch anfängliche Mißerfolge einschüchtern zu lassen. Wenn er einmal verzagen wollte, rief er sich das Schicksal seines Kollegen Dotterweich ins Gedächtnis.

„Dotterweich!“ sprach er dann in sich hinein; „du erfandest Leben aus toter Materie und erzieltest zum Dank die Zimpfung schwärzesten Unverstandes. Mir wäre das Leben meines Kunstgeschöpfes nicht zu wertvoll, wenn ich nur mit seiner Hilfe die tote Materie des Gegenmittels finden könnte.“

Es war ihm ganz klar, daß die Großgottschaff des Landes auch für ihn, sobald er nur entschlossen sein würde, den Gotteslästerungsprozeß in Aussicht habe.

So ging er eines Tages in tiefen Gedanken aus dem Kämmerlein, in dem er die Bestrafung einer neuen Zucht vorgenommen hatte, nach seinem Arbeitszimmer, das sich jetzt neben der Küche des Werkes befand: Hera stand allein in der Küche und schmeuerte die gewaltigen Kessel.

„Hera!“ Er beachtete, ihr eine noch unprobierte Versuchsmöglichkeit einzutrichtern.

„Zu Befehl!“ laute Hera, stöhnend von der Anstrengung des Sprechens.

„Hera?“

„Zu Befehl!“ Die armseligen zwei Worte erheiterten Züßlinger aufs höchste. „Bis jetzt konnte sie nur grunzen. Es ist also eine wesentliche Aufhellung in ihr vorgegangen.“

Um seiner Freude Ausdruck zu geben, bediente er sich einer beliebigen oberdeutschen Redensart:

„Heil und Sieg!“

„Heil und Sieg!“ sprach Hera mühsam nach.

„Heil und Sieg, Herr Züßlinger!“ kicherte aber auch hinter ihm Knobbes Tochter Jolde.

„Gnädigstes Fräulein wünschen?“

Züßlinger verbeugte sich tiefer als gewöhnlich, um seinen Schreck über diese ärgerliche und gefährliche Ueberraschung zu verbergen.

„Sind Sie allein, Züßlinger? Die zwei alten Schachteln sind doch nicht etwa da? Ich muß ein Geburtstagsgeschenk von Ihnen haben, ein kleines, feines, aber ganz geheimes. Kommen Sie schnell!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Don Juan). Mozarts Werk wird heute für das Arbeiter-Bildungsinstitut aufgeführt. Was ein Don Juan ist, weiß jeder. Diese Figur des erotischen Lebensgenießers wurde in der Weltliteratur überall da aktuell, wo die gesellschaftliche Entwicklung dahin gelangte, das Verhältnis zwischen Mann und Weib gleichsam zu vergiften. Die Verführung und Verlastung eines Weibes wird dann zum Verbrechen, wenn mit ihr wirtschaftliche Nachteile für das Weib verbunden sind. Und andererseits hat jene Verführung und Verlastung, als typische Erscheinung zur Voraussetzung eben eine bestimmte Struktur der gesellschaftlichen, der ökonomischen Verhältnisse. Hier ist besonders die veränderte Rolle des Weibes von Bedeutung. Die Frau verlor mit dem Aufblühen des Handwerks und der Industrie ihre frühere Stellung im Produktionsprozeß, die ihr vor allem durch

unteren Beamten 60 Prozent, für die mittleren 50 und für die höheren 40 Prozent festgelegt werden sollten. Selbstverständlich wird das Gehalt noch verbessert werden müssen, damit alle Beamten, die eine gleichartige Tätigkeit ausüben, auch gleiche Bezahlung erhalten.

Zur Betriebsrätefrage legt der Vorstand eine Entscheidung vor, in der gefordert wird:

1. **Volle Anerkennung und Ausbau der gewählten Betriebsräte.**
2. **Beschleunigte Herbeiführung einer entsprechenden Vertretung für die Beamten durch Wahl von Beameräten.**
3. **Das Recht der gemeinsamen Interessensvertretung für Beamte und Arbeiter.**
4. **Volles Mitbestimmungsrecht für die Betriebs- und Beameräte auf allen Gebieten der Produktion des Betriebes und der Verwaltung nach den in den Jenauer Richtlinien festgelegten Grundsätzen.**

Die Uebernahme aller durch die Wahlen, die Tätigkeit und die Ausbildung der Betriebs- und Beameräte entstehenden Kosten durch die Verwaltung.

Die Entschliessung wird eingehend durch **Wichmann** vom Hauptvorstand begründet. **Rebner** führt aus, daß die Betriebsrätefragen ohne parteipolitische Rücksichten gelöst werden müssen. Zur Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise müssen die Betriebsräte genügend aus- und durchgebildet werden. Auf diesem Gebiete steht uns noch eine große Arbeit bevor. Die Generalversammlung wird dem Vorstande kaum den Vorwurf machen können, daß er in der Betriebsrätefrage nicht genügend gearbeitet hätte. Als Korreferent spricht hierzu **Kammerer-München**. Der Referat behandelt im wesentlichen eine Wiederholung der von den Münchner Betriebsräten aufgestellten Richtlinien. Ihm tritt **Hatje-Hamburg** entgegen. **Kammerer** habe nichts Neues in seinem Korreferat angeführt, sondern nur Paragraphen verlesen. Er hebt hervor, daß die politischen Arbeiterräte besetzt wurden, weil sie nicht imstande waren, die Produktion zu heben. Das politische System kann zusammenbrechen, nicht aber das Wirtschaftsleben, weil das gleichbedeutend wäre mit dem Zusammenbruch Deutschlands überhaupt. Wenn wir unsere Betriebsräte genügend durchbilden und sie mit dem genügenden wissenschaftlichen Rüstzeug versehen, dann werden wir in der Lage sein, den Sozialismus herbeizuführen.

Ein **Schlussantrag** wird in namentlicher Abstimmung mit 127 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Nach beendeter Diskussion und den Schlussworten von **Kammerer-München** und **Hatje-Hamburg** erklärt **Creunig** vom Hauptvorstand das Wort zum Beamerätegesetz. Er betont, daß der Verbandstag die höchste Instanz sei, deren Beschlüssen sich die Delegierten unterzuordnen hätten. Er bespricht weiter die vom Vorstande vorgelegten Verbesserungsanträge zum Entwurf eines Beamerätegesetzes und schlägt vor, alle Anträge zu der Betriebs- und Beamerätefrage der vom Vorstand zum Oktober einberufenen Betriebs- und Beamerätekonferenz zu überweisen. Die Generalversammlung stimmt dem zu. Aus den Ausführungen von **Hatje** und **Kammerer** ist noch hervorzuheben, daß der Verband die Dreiteilung in untere, mittlere und höhere Beamte bei den Beamerätewahlen verurteilt.

Der Vorsitzende **Schäffel** erklärt im Namen des bisherigen Vorstandes, daß der Verbandstag die kommunistischen Auerstreiks in der Gewerkschaft unterbinden muß. Er appelliert an das Verantwortlichkeitsgefühl der Delegierten und macht davon die Wiederannahme von Aemtern seitens der bisherigen Vorstandsmitglieder abhängig.

Gewerkschaftsbewegung.

Karteidelegierte, Gewerkschaftsvorstände und Industrie-gruppenräte!

Donnerstag, den 28. September, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Gesellschaftsqaal. Genosse **Yenssen** - Berlin spricht über: Die Ausbildung der Betriebsräte. Gewerkschaftskarteil Leipzig.

An die Betriebsräte der U. S. P.

Am 5. und 6. Oktober d. J. findet in Berlin der vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbunde einberufene Betriebsrätekongress statt. Da die anderen Parteien ihre Kongressdelegierten vorher zu einer Fraktionslösung zusammenberufen, aben auch wir die auf dem Boden der U.S.P. stehenden Delegierten zum Betriebsrätekongress zu einer

Fraktionslösung

in, die am

Sonntag, dem 3. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr, in Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelauer 15, stattfinden wird. Die U. S. P. D. Delegierten werden ersucht, vollständig zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften sonst und jetzt.

Jeder dieses Thema sprach in einer am 14. September abgehaltenen Mitgliederversammlung der Holzarbeiter der Ver-

bandsvorsitzende **Freih Tarnow-Berlin**. Er führte etwa folgendes aus:

Im November 1918 gab es in Deutschland Leute, die da meinten, die Gewerkschaften seien überflüssig geworden. Was wäre aber geschehen, hätten wir die Gewerkschaften nicht mehr. Wir können sie auch heute nicht entbehren. Wohl sehen wir vor dem Kriege unsere ganze Tätigkeit darin, die Masse heranzuholen, auch haben wir die Mitgliederzahl verdoppelt und trotzdem stehen uns noch große Massen fern. Nicht revolutionärer Wille, sondern das Verlangen nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage brachte diese Massen zu uns. Da gibt es, die neu zu uns Gestohlenen zu schulen, zu kämpfen zu erziehen, um sie bei uns zu halten und die noch Fernstehenden zu gewinnen. Große Kämpfe haben wir geführt, noch größere stehen uns bevor.

Die Verbandsunterstützungen, so schlen es, sollten nach der Revolution verschwinden. Auf dem letzten Verbandstag lagen dahingehende Anträge vor. Nicht aus Solidarität, sondern als Kampfmittel werden wir sie beibehalten müssen. Wie notwendig diese sind, zeigt gerade die jetzige Krise.

Aus Orten, die auf dem Verbandstag den Abbau der Unterstützung verlangten, liegen dem Vorstand Anträge vor, die über die statutarisch festgelegten Sätze hinaus Unterstützung verlangen. Unsere Hauptaufgabe besteht noch immer im Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen; und das ist ein gut Stück praktischer Klassenkampf der Tat. Ich habe kein Mittel, den Kapitalismus sofort zu beseitigen. Wir haben uns den Unternehmern gegenüber durchgesetzt, und das ist mehr wert als ein Satz revolutionärer Resolutionen. Es war sicher ein Erfolg, wenn die Arbeitszeit von 68 auf 48 Stunden herabgesetzt wurde. Wir haben bahnbrechend gewirkt, die Kämpfe des letzten Jahres beweisen das. Es war nicht unsere Schuld, wenn uns die andern im Kampf um weitergehende tarifvertragliche Betriebsrätebestimmungen im Stich ließen. Das kann gewiß nicht die einzige Aufgabe der Gewerkschaften bleiben, die Sozialisierung ist baldmöglichst anzustreben und ich befinde mich in dieser Frage mit Kautsky im Einverständnis. Die Sozialisierung ist nur denkbar bei höchstmöglicher Steigerung der Produktion. Es ist unmöglich, den Kapitalismus in Kürze zu kürzen. Die Gewerkschaften haben nach wie vor Existenzberechtigung, wir brauchen sie noch lange. Die Krise hat ihre Ursache in den niedrigen Löhnen, die Unternehmern aber wollen abbauen. Wir müssen uns ziemlich fest machen, wollen wir diese Absichten abwehren. Zerreißt wie die Arbeiterbewegung noch mehr, kann das nur zum Vorteil der Unternehmer sein, die sich noch mehr konsolidieren.

St die Sozialisierung möglich, so können wir zunächst nur beim Rohstoff anfangen. Kommen wir nicht zur Gemeinwirtschaft, so wird die Krise in der Holzindustrie eine latente. Der Reichswirtschaftsrat tritt darum für Gemeinbewirtschaftung ein. Daß wir uns bisher zu wenig mit der Frage der Sozialisierung beschäftigt haben, erklärt sich aus den vielen Lohnbewegungen. Die Betriebsräte sind ein Glied der Gewerkschaften und können nur in enger Verbindung mit diesen ihre Aufgaben erfüllen. Ueber die sonst in der Arbeiterbewegung herrschende Uneinigkeit wird es noch Monate Streit geben. Mögen die Gegensätze sachlich ausgetragen werden, damit die Organisation nicht darunter leidet. Bezugnehmend ist, daß im Zeitalter der Revolution die Christen, Jüdische und Gelben sich wieder entwickein. Die sozial angeordneten Arbeitsgemeinschaften sind praktisch von nicht so großer Bedeutung. Die unre war nur einmal beisammen, veranlaßt durch die Regierung, um in Frankreich einen Barackenbau auszuführen. Wir wollten Bedingungen, die einen Profit der Unternehmer vollständig ausschalteten. Eine gemeinsame Tagung mit dem Baugewerbe wegen dem Wiederaufbau zerfiel ebenfall als an einem von uns vorgelegten Organisationsplan. Wird mir nachgewiesen, daß wir da einen Fehler machten, will ich den Vorwurf des Betrags gelten lassen. Es gibt Betriebsräte, die eine viel schlimmere Arbeitsgemeinschaft mit ihren Unternehmern betreiben. Es sei auch auf die Haltung der Arbeitervertreter in den Auktionen hingewiesen, wo sie nicht immer so arbeiteten, wie es zu wünschen gewesen wäre, die oft mehr die Interessen der Unternehmer vertreteten. Die Arbeitsgemeinschaften sind uns ein Mittel, die wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegen zu wahren. Sind die Kollegen darüber anderer Meinung, so muß das durch gegenseitige Aussprache geklärt werden. Den Luxus, sich zu spalten, können sich die politischen Parteien noch leisten, da sie keine politische Arbeit leisten müssen, wie das bei den Gewerkschaften der Fall ist. Die Politik der Gewerkschaften wird bestimmt durch die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Diskussion eröffnete **Janosel**, der feststellte, daß Tarnow sich seit dem letzten Verbandstag zurückentwickelt habe. Die heutigen Ausführungen Tarnows händen im Widerspruch zu seiner Broschüre: „Neue Aufgaben“. Hätten die Zentralvorstände bei den hinter uns liegenden großen Kämpfen eine andre Stellung eingenommen, dann könnten die Unternehmer nicht so mit uns umspringen. Wo es nur eines Schrittes bedurfte, um die Macht zu erringen, sieht man sich nicht in Arbeitsgemeinschaften. Kautsky sei in der Sozialisierungsfrage auch von Tarnows Freunden verlassen worden. Die Betriebsräte müßten neben den Gewerkschaften ein gleichberechtigter Faktor werden. Eine Einigung wird auf der von Tarnow gewünschten Grundlage kaum möglich sein.

Uebriht: Es ist bezeichnend, daß Leute, die den Arien unterzückten, sich mit in die Sozialisierungskommission und Reichswirtschaftsrat begeben. Der uns gemachte Vorwurf, wir brauchen keine Lohnbewegung mehr, trifft für U.S.P. und R.P.D. Kollegen nicht zu; das Gegenteil ist richtig. Tarnow habe es unterlassen zu sagen, wie man zur blühenden Industrie gelangen könnte, um sozialisieren zu können. Die Einheitsfront den Unter-

nehmern gegenüber kann auf Kautskys Grundlage nicht zustande kommen. Was wir brauchen, ist erst Klarheit, dann Einheit. Was Tarnow sich als Sozialisierung vorstellt, ist Verstaatlichung der Industrie. Sofortige und bestimmte klare Stellungnahme zu dieser Frage ist nötig. Die Vereinerung der Masse, der Verfall der Wirtschaft und der Abbau von Fabriken und Produktionsmitteln und Verarmung nach dem Auslande schreitet vorwärts. Der Reichswirtschaftsrat sah zu allen diesen Fragen Beschlüsse und keine beachtet sie. Die Sozialisierung kann nur nach Eroberung der politischen Macht durchgeführt werden. Die etwaige Verstaatlichung der Rohle führt nicht zu ihrer Verbilligung. Ein Beispiel bildet die Leipziger Straßenbahn. Tarnow sagte nicht, wie er sich die durch Eingabe an die Behörden gerichtete Entscheidung und Entschädigung der Forsten denkt. Wo das Geld, welches nach Ansicht Wiffels und Genossen den Unternehmern zur Belebung der Industrie gegeben werden soll, herkommen soll, mögen die Arbeiter am nächsten Lohnzahlungstag, wenn ihnen wieder 10 Prozent abgezogen werden, bedenken. Es ist höchste Zeit, die schärfste Kontrolle der Produktion zu organisieren, um den Abbau der Industrie zu verhindern, sonst gibt es einfach nichts mehr zu sozialisieren. Nur der Kampf um die politische und wirtschaftliche Macht wird den Weg zur Sozialisierung frei machen.

Schied sprach im selben Sinne.

Geislich: Es herrscht in unrem Verband noch immer nicht der rechte Geist, wie wäre sonst noch heute die Schreilweise der Holzarbeiterzeitung möglich. Manche benutzen die Gewerkschaften als Sprungbrett, um in Regierungsstellen zu gelangen, wo sie dann vollständig versagen. Was wir vor zwei Jahren leicht hätten erlangen können, ist jetzt nur durch schärfsten Kampf möglich. Wir kommen mit Lohnbewegungen allein nicht weiter.

Freitag: Ich stimme Tarnow zu in seiner Auffassung über Kautsky. Es ist nicht möglich, einen einzelnen Industriearbeiter zu sozialisieren; das ist nur auf der ganzen Linie durchführbar. Die Betriebsräte müssen die Sozialisierung durchführen und überwachen.

Die Ausführungen einiger weiterer **Rebner** bewegen sich im selben Sinne.

Ein im Verlauf der Debatte eingebrachter Antrag bringt zum Ausdruck, daß die Leipziger Kollegen mit der von Tarnow zum Vortrag gebrachten Ansicht nicht einverstanden sind.

In seinem Schlusswort geht Tarnow auf die Ausführungen in der Debatte ein, die trotz der Gegensätze doch sachlich geföhrt worden sei; er sucht einzelne Punkte zu entkräften. Im wesentlichen, so erklärte er sei er in verschiedenen Fragen, wie Sozialisierung, Kontrolle der Produktion, mit Janosel und Uebriht einverstanden. Die an ihn gerichtete Frage, ob Kautsky noch Mitglied sei, verneint er. Es sei bedauerlich, daß kein **Rebner** auf die von ihm mitgestellte Frage des Lohnabbaues, den die Unternehmer anstreben, eingegangen sei. Dies Bestreben sei wichtig genug für eine Erörterung, und nur bei vollständiger Geschlossenheit seien die Arbeiter in der Lage, den Lohnabbau abzuwehren.

Der **Mitbilligungsantrag** wird sodann gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt. Ein weiterer Antrag verlangt im Oktober eine Versammlung mit dem Thema: Die Wirtschaftskrise und die Aufgaben der Gewerkschaften, Referent **Brandler**, Chemnitz. Diesem Antrag wird zugestimmt.

Von den ausländigen Straßenbahnern wird folgende Resolution vorgelegt, die einstimmig angenommen wurde:

„Die am 14. September stattgefunden Holzarbeiterversammlung bringt den Angestellten der Großen Leipziger Straßenbahn ihre volle Sympathie entgegen und verlangt vom Rat der Stadt Leipzig, daß der Straßenbahnbetrieb so schnell wie möglich aufgenommen wird.“

Die Ortsverwaltung wird ersucht, diesen Antrag umgehend dem Rat zu unterbreiten.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und einen Appell, die nächsten Veranstaltungen ebenfalls gut zu besuchen, fand die Versammlung ihr Ende.

Briefkasten der Redaktion.

E. D. 37. Sie können die Zahlung verweigern. Im übrigen ist nur der Vertrag maßgebend, den Sie abgeschlossen haben.

E. B., Steinbruch. Bei Tagelohn kommen 12 Mark in Frage. Sind bis zum 1. August höhere Beträge vom Lohn gefügt, als nach den neueren Vorschriften einbehalten gewesen wären, so ist der zuviel abgegebene Teil bei der nächsten Gehalts- oder Lohnzahlung zu Ihren Gunsten anzurechnen.

U. W., Kirchstraße. Steuerfrei sind nur Vermögen bis 5000 Mark. Sie müssen belbes angeben. Hausrat ist steuerfrei.

D. S. 6. 1. Heint 2. Rufen Sie das Mitteilungsamt an. 1 Mark für die Parteilasse.

Volkmaroborf. 1. Zal Verschaffen Sie sich das Armenrecht. Dann wird Ihnen ein Rechtsanwalt gestellt. 2. Zunächst müssen Sie Ihre Frau unterhalten. 1 Mark für die Parteilasse.

M. Sch. 100. Der Ehebruch wird, wenn wegen ihm die Ehe geschieden ist, an dem schuldigen Ehegatten sowie dessen Mitschuldigen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nach der Scheidung nur auf Antrag ein.

R. Sch., Connewitz. 1. Ein bestimmter Satz ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es muß das gejacht werden, was zum Unterhalt des Kindes gebraucht wird. 2. Bis zum vollendeten 16. Lebensjahre. 3. Die Höhe der Abfindungssumme ist ebenfalls nicht gesetzlich festgelegt. Vergleiche, durch die eine Abfindungssumme gezahlt wird, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der gerichtlichen Genehmigung. — 5 M. für die Parteilasse.

Einige Beispiele:

Mantel, warm, dick	von	205 ⁰⁰	an
Jackenkleider m. Serge gef. von		230 ⁰⁰	an
Balkkleider	von	225 ⁰⁰	an
Wollstoffkleider	von	240 ⁰⁰	an
Blusen, warm, praktisch	von	49 ⁵⁰	an
Kittelblusen, Seide	von	115 ⁰⁰	an
Röcke, blau Diagonal	von	69 ⁰⁰	an
Morgenjacken, Wolle	von	35 ⁰⁰	an
Korsett, besonders preiswert		39 ⁷⁵	

Knaben- und Mädchenkleidung billigt

Modell-Ausstellung

in wohlfeiler Damen-Kleidung. • Eine Berücksichtigung muß jeden überzeugen, daß meine wohlfeile Damen-Kleidung erstaunlich gut, billig, geschmackvoll ist. • Kein Kaufzwang

Pofisch

